

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Die Insertions-Gebühren betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 30. August 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Mit dem 1. September 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

„Arbeit“

weiter geführt. — Neu eintretende Abonnenten erhalten den bisher erschienenen Teil dieses Romans kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditionen sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7671.)

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 50 Cere in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Cere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz, 9 M. in Frankreich, England, Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden außer-europäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien und in Oesterreich-Ungarn, im Auslande 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Das Fiasko der Militärjustiz.

Der Verteidiger des in Gumbinnen verurteilten Unteroffiziers Marten veröffentlicht in der „Nat.-Ztg.“ neue Enthüllungen, die geeignet sind, das Militär-Strafverfahren vollends zu verurteilen. Es war bereits in der Presse davon gesprochen worden, daß in der Besetzung des Gumbinner Ober-Kriegsgerichts Fehler unterlaufen seien, die zur Begründung der Revision des Prozesses hinreichen.

Nach der Darstellung des Rechtsanwalts Horn ist die gesamte Besetzung des Ober-Kriegsgerichts in Gumbinnen eine durch- und durch geschickte gewesen. Sie hat in Widerspruch gestanden zu unzweifelhaft klaren Vorschriften der Militär-Strafgerichtsordnung und ebenso klaren Vorschriften in den Ausführungsbestimmungen zur Militär-Strafgerichtsordnung.

Nach § 68 der Militär-Strafgerichtsordnung bestellt der kommandierende General als Gerichtsherr die zur Bildung des Ober-Kriegsgerichts erforderlichen Offiziere. Die Bestellung erfolgt anfänglich vor dem Beginn des Geschäftsjahres für die Dauer desselben.

Der Zweck der Bestimmung ist der, die Möglichkeit abzuwenden, daß in einer Strafsache bestimmte Richter bestellt werden, die man vielleicht ihrer Befähigung nach kennt und die vielleicht nach gewissen Gesichtspunkten ausgewählt sind.

Über den Ort der Verhandlungen des Ober-Kriegsgerichts findet sich in den Ausführungsbestimmungen zur Militär-Strafgerichtsordnung folgende Anweisung: „Die Ober-Kriegsgerichte treten der Regel nach am Sitze des Generalkommandos usw. zusammen.“

In einzelnen Fällen wird es aber aus praktischen Gründen geboten sein, sie an einem andern Orte zur Hauptverhandlung zusammenzutreten zu lassen.

Für die Fälle der letzteren Art empfiehlt es sich, als ständige Stellvertreter der aus dem Offizierstande zu berufenden Richter auch Offiziere auswärtiger Garnisonen zu bezeichnen, deren Beerdigung im Auftrage des kommandierenden Generals durch einen andern Gerichtsherrn der höheren Gerichtsbarkeit erfolgen kann.

Hiernach hätten auch Offiziere der Garnison Gumbinnen als Richter bei dem Ober-Kriegsgericht des 1. Armee-corps bestellt werden können. Aber diese Bestellung hätte vor dem 1. Januar 1901 erfolgen müssen. Das ist aber nicht geschehen.

Mittmeister v. Kroßig ist am 21. Januar 1901 ermordet. Einer der Veltiger, Major Ziermann, von den ersten Dragonern, ist erst nach diesem Tage nach Gumbinnen versetzt, er kann also schlechterdings nicht vor dem 1. Januar 1901 als Richter in Gumbinnen bestellt sein. Alle militärischen Richter sind aber erst im Juni 1901, als sie also wußten, in welcher Sache sie thätig sein würden, als Richter ausgewählt, bestellt und von dem kommandierenden General v. Hindenstein im Juni gelegentlich einer Inspektion beeidigt worden.

Ich wollte den solchergestalt geschwindig zusammen-gesetzten Gerichtshof in folgender Weise beseitigen: Den Major Ziermann, der demselben Regiment wie die Angeklagten angehört, und der fast der ganzen Verhandlung erster Instanz als Zuhörer beigewohnt hatte, wollte ich beziehungsweise Hidel als befangen ablehnen. Dann beabsichtigte ich, auf die geschwindige Berufung des Gerichtshofes hinzuweisen und jeden einzelnen der Offiziere als befangen abzulehnen mit der Begründung, die Herren wußten, daß sie nicht Richter sein dürften, keiner von ihnen habe trotzdem erklärt, unter diesen Umständen nicht Richter sein zu wollen. Deshalb sei Zweifel an ihrer Objektivität und Unparteilichkeit begründet.

Am bei der Verhandlung genügende Unterlagen für meine Behauptungen zu haben, verlangte ich von dem Generalkommando die Vorlegung der Kommandierrolle und des Protokolls über die Vereidigung der Richter.

Hier ein so radikales Vorgehen, wie ich es vorschlug, war aber mein Kollege Vurchard nicht zu haben. Er erklärte nach einer Besprechung mit Marten, sich hieran nicht beteiligen zu wollen. Ich fuhr deshalb zu Hidel nach Gumbinnen, fand ihn aber auch nicht so bereit, dieses Verfahren einzuschlagen, wie ich wohl erwartet hatte. Bei ihm sprach viel der Umstand mit, daß seine Untersuchungsfrist verlängert worden wäre, wenn es jetzt noch nicht zur Verhandlung gekommen wäre. Eine Verurteilung hielt er auch von diesem Gerichtshof für ausgeschlossen.

Unter diesen Umständen befolgte ich den Rat des Kollegen Vurchard, vorläufig von der ganzen Geschichte zu schweigen und die geschwindige Berufung des Gerichts als Revisionsgrund anzuführen. Als der die Verhandlung führende Ober-Kriegsgerichtsrat Scheer in Gumbinnen die Kommandierrolle und das Vereidigungsprotokoll vorlegen wollte, „trotzdem die Vereidigung kein Recht dazu habe“, erklärte ich demgemäß, ich legte auf die Vorlegung kein Gewicht.

Die geschwindige Berufung des Ober-Kriegsgerichts gerade in dieser Sache ist wohl das Ärgste, was im Falle Marten und Hidel vorgekommen ist.

Sie bildet jedoch nicht den einzigen Grund, auf den die Revision sich stützt; sie ist aber allein schon genügend, um zu einer Aufhebung des Urteils zu führen.“

Es ist außer Zweifel, daß der Gerichtsherr der oberen Instanz die geschwindige Besetzung des Ober-Kriegsgerichts ebenso wenig im Bewußtsein der Geschwindigkeit unternehmen hat wie Generalleutnant v. Allen, der Gerichtsherr erster Instanz, bewußt das Recht beugte, als er die geschwindige Reueverhaftung Hidels nach der Freisprechung befahl. Niemand kann und darf behaupten, der kommandierende General habe, um eine Verurteilung des von ihm für schuldig gehaltenen Unteroffiziers zu sichern, sich gefällige Werkzeuge seines Willens sorgfältig ausgewählt und geschwindig zu Richtern bestellt. Ein derartiger Akt schwächster Kabinettsjustiz muß als ausgeschlossen gelten.

So unzweifelhaft aber eine böswillige Rechtsbeugung ausgeschlossen ist, ebenso unzweifelhaft befinden diese Geschicknisse die völlige Ungeeignetheit der militärischen Kommandeure zur Erfüllung der ihnen durch die Militär-Strafprozess-Ordnung aufgebürdeten juristischen Pflichten. Der militärischen Kommandeure! und nicht nur des kommandierenden Generals v. Hindenstein.

Es würde eine Beleidigung des kommandierenden Generals des 1. Armee-corps bedeuten, wollte man ihm unterstellen, daß er nicht befähigt und nicht geeignet sei, die Vorschriften des Militär-Strafprozess-Verfahrens mit Verständnis zu lesen. Vielmehr wird offenbar, daß die Befehlshaber der Armeen vermöge ihrer nur militärischen Ausbildung, vermöge der ihrem Amte eignen Uebung, unbedingten Gehorsam seiner Befehle zu erwarten, vermöge der zahlreichen Aufgaben ihrer Stellung, nicht noch die Möglichkeit haben, in der immerhin nicht jedem Laien leicht entweichbaren Fülle der Paragraphen eines kompensidösen Rechtsbuchs samt Ausführungsbestimmungen Klarheit zu finden.

Die Militärverwaltung wird gut thun, aus den Ereignissen von Gumbinnen die Lehre zu ziehen, daß ihren Kommandeuren nicht Pflichten und Aufgaben übertragen werden dürfen, deren sie nicht gewachsen sind. Die militärischen Kommandeure haben den Nachweis ihrer absoluten Ungeeignetheit als Herren des Gerichtes erbracht. Man befreie sie schleunigst von der drückenden Bürde!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August.

Centrum und Brotwucher.

Das Centrum, die Partei, welche alle Bevölkerungsschichten und alle Klassen liebevoll umfaßt, ist nun in Gefahr, von allen Bevölkerungsschichten und allen Klassen des Verrats an ihren Interessen geziehen zu werden. Das Centrum will den Bauern helfen durch Brotzölle und will die Arbeiter trösten durch den Hinweis, daß für sie schon so viel geschehen sei und daß auch die durch den Brotzoll steigenden Reichseinkommen für Arbeiterwohlfahrtszwecke verwendet werden sollten.

Zunächst die Centrum-Bauern. Die „Rheinische Volksstimme“, das Organ des Rheinischen Bauernvereins, greift scharf die großstädtische Centrumspresse an. In der „Rhein. Volkszeitung“ und nach ihr in einer ganzen Anzahl Centrumsblätter am Rhein, die den Brotwucher in den Grenzen des Regierungsentwurfes halten wollen, war die Behauptung aufgestellt worden, daß die rheinischen Bauern wohl nicht unbedingt auf die Forderung eines Mindestzolles von 7 1/2 M. bestehen würden und daß das treibende Element bei dieser Forderung wohl jedenfalls der Bund der Landwirte sei. Weiter hieß es in der „Rheinischen Volkszeitung“, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß ein Zolltarif mit 7,50 M. als Mindesttarif für die Getreide-Arten jemals Befehl werde. Hieran erwidert nun die „Volksstimme“:

Dem Bunde der Landwirte geschieht hier Unrecht. Wenn es den genannten Blättern zufolge etwas Schlimmes ist, landwirtschaftliche Einkünfte zu verteidigen, die mit den Produktionsverhältnissen im Einklang stehen, so muß dem Rheinischen Bauernverein schon die Priorität in diesen schlimmen Dingen zugestanden werden. Schon in den Jahren 1894-96 hat er gelegentlich der Vorbereitung der neuer Reichsliste und in den Verhandlungen über dieselben stets betont, daß ein Weizenpreis von 20 M. und ein Roggenpreis von 16 M. den Produktionskosten in der Rheinprovinz entsprechen würde. Zur Erlangung solcher Preise ist aber unter den jetzigen Verhältnissen im allgemeinen für Weizen und Roggen ein Zoll von 7,50 M. notwendig. Diese Forderung ist darum auch von den christlichen Bauernvereinen als notwendig anerkannt worden.

Wir haben gegen die Erhöhung der Industriezölle nichts einzuwenden. Wenn ihre Notwendigkeit von der Industrie mit so guten Gründen nachgewiesen wird, wie es seitens der christlichen Bauernvereine bezüglich der Agrarzölle geschehen ist, so müssen sie bewilligt werden, aber es muß eigentümlich berühren, daß die großstädtischen Blätter an der Erhöhung der Industriezölle nicht beanstanden, sondern nur gegen die Forderungen der Bauern Sturm laufen. Sie laufen damit aber auch Sturm gegen das Centrum selbst. Daß die Fundamente des Centrumsturms nicht in der Stadt und in den Industriebezirken liegen, ist in letzter Zeit wieder von neuem bestätigt worden. In Köln sind schon allein, was in Centrumkreisen für die dortigen Arbeiter geschieht, ist, trotz der vorzüglichen Redner, über die man verfügt, trotz der weitverbreiteten südlichen Centrumspresse und trotz all der Arbeit, der sich in so anerkannter Weise der hochw. Alerns in den Arbeitervereinen unterzieht, bei den Gewerbe- und Wahlkreisen allenthalben die socialdemokratischen Kandidaten aus der Wahl herbeigekommen. Nicht anders war es in dem Riesen-Wahlkreise Duisburg-Rülbeim, wo der Centrums-Kandidat mit Sicherheit gewählt worden wäre, wenn die katholischen Arbeiter auch nur einigermaßen ihre Schuldigkeit getan hätten.

Das Wahlergebnis aber zeigte, daß nicht die Stimmen der katholischen, sondern die Stimmen der socialdemokratischen Arbeiter erheblich zugenommen. Wenn man die großstädtischen Centrumsblätter die als notwendig und gerecht erwiesenen Forderungen der Bauern belächeln, so untergraben sie damit auch den Einfluß des Centrums auf dem Lande, wo allein die Wurzeln seiner Kraft liegen. Das Strafwort ist und bleibt wahr: „Das Centrum wird agrarisch sein oder es wird nicht sein.“

Weiter der „Mittelstand“: Für die Meinung des Mittelstandes, dem das Centrum den goldenen Boden wiedergeben will, ist eine Korrespondenz, die wir aus München erhalten, bemerkenswert:

Die Münchener Wogermeyer und Gastwirte hielten am Dienstag eine Protestversammlung gegen die geplante Erhöhung der Viehzölle ab. Der Referent, Wegermeyer Wärg, führte an der Hand reichen Zahlenmaterials den Nachweis, daß die bayerische Landwirtschaft nicht in der Lage ist, auch nur den Münchener Markt zu versorgen, der namentlich in Bezug auf Maßschaffen I. Qualität auf die Einfuhr aus Oesterreich angewiesen ist. Dies zeigte sich besonders bei dem letzten Hochwasser, das die Eisenbahnlinien nach Oesterreich abgeschnitten hatte. Damals lieferten die bayerischen Bauern keineswegs das nötige Vieh nach München, trotzdem dort geradezu horrend Preise gezahlt wurden. Der Referent erklärte ferner, daß die Zölle nicht vom Zwischenhandel getragen, sondern unbedingt auf die Konsumenten abgewälzt werden. Auch sei es zu bedauern, daß die Zollfrage seitens des Centrums zur Parteifrage gemacht wurde. Ein Vertreter der Gastwirte erklärte, diese seien nicht in der Lage, die höhere Zollbelastung aus ihrer Tasche zu bezahlen und es werde auf alle Fälle eine Erhöhung der Speisepreise in den Wirtschaften eintreten müssen. Die ganze agrarische Agitation sei nur dazu geeignet, die Partei der Unzufriedenen neu zu stärken und deswegen müsse energig Protest erhoben werden. Eine Resolution, in der die Wei-

Behaltung der bisherigen Zollfrage und der Abschluß langfristiger Handelsverträge gefordert wurde, gelangte einstimmig zur Annahme.

Endlich die Arbeiter im Centrumsbereich.

Wir haben bereits zahlreiche Berichte aus Centrumskreisen veröffentlicht, welche die Absicht der großindustriellen Arbeiter von der Brotwucherpolitik des Centrum erweisen. Aber auch die Arbeiter der Handwerksbetriebe in industriell sehr rückständigen Gegenden sagen sich los von der Centrumspolitik. Heute wird uns aus Koblenz geschrieben:

### Katholische Arbeiter gegen den Brotwucher.

Im Gegensatz zu einigen Führern christlicher Gewerkschaften haben die katholischen Arbeiter im Rheinland wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie in ihrer überwogenen Mehrheit Gegner der Zollerhöhung sind. Einen weiteren Beleg hierfür liefert eine äußerst zahlreich besuchte Handwerksgehilfen-Versammlung, die am vorigen Sonntag in einer städtischen, vom Socialismus noch fast unberührten Gegend, nämlich in dem kleinen an der Mosel, eine Stunde von Koblenz entfernt liegenden Ort Gils stattfand. Einer der Redner legte u. a. die Gefahren dar, die dem Volk durch die Zollerhöhungen drohen; unter lebhaftem Beifall der Versammlung feingekläutete er die Verderblichkeit des Lebensmittelwuchers. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die heutige im Goldenen Stern in Gils von sechshundert Handwerksgehilfen aus Gils, Koblenz und Umgegend besuchte öffentliche Versammlung erklärt sich entschieden gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Lebensmittelzölle, insbesondere gegen die Erhöhung der Getreidezölle, die sie als die ungerechteste aller indirekten Steuern erkennt, da sie die Staatsbürger nicht nach ihrem Einkommen oder Vermögen, sondern lediglich nach dem Brotverbrauch belastet. Die Ungerechtigkeit ergibt sich besonders daraus, daß die Familien mit der höchsten Kinderzahl die meisten Brotsteuer zu zahlen haben. Die Versammlung ersucht den Vertreter des Wahlkreises Koblenz, im Reichstag gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle zu stimmen.“

Die Resolution soll dem Centrum-Abgeordneten Wellstein zugesandt werden.

Alle diese Kundgebungen sind der Centrumspartei höchst unbecommen. Auch der Punkt der Osnabrücker Heerschau täuscht nicht darüber, daß die Situation der an Reichstags-Mandaten stärksten Partei eine sehr schwierige geworden ist. Das fromme Centrum hat das Bibelwort vergessen: Niemand kann zweien Herren dienen! Nun zeigt es sich, daß die Politik des Centrum, die Wucherer und Verwüster unter dem Zeichen der orthodoxen Frömmerei vereinen will, an ihren innern Widersprüchen und Unwahrscheinlichkeiten scheitern muß.

### Die Centrumsparade in Osnabrück

hat am Donnerstag ihr Ende erreicht. Eigentlich war es freilich nicht einmal eine Parade, denn bei einem derartigen Schauspiel werden auch die Mannschaften vorgeführt, auf dem soeben bedenkten Katholikentag war es jedoch nur eine Handvoll von Offizieren, die immer wieder auf den verschiedensten Schaubühnen paradierte und eine nicht verlegende Plut von Reden vom Stapel ließ. Die Masse der Delegierten, so weit von solchen überhaupt gesprochen werden kann, begnügte sich bescheidenlich mit der passiven Zuschauerrolle, die bei wirklichen Parteitagen dem Publikum zufällt. Parteitagen, ernsthafte Zusammenkünfte der von den Partei-Organisationen delegierten Vertreter, auf denen in gründlicher Erörterung und unter Anteilnahme der Vertreter der einzelnen Orte die politischen Angelegenheiten der Partei besprochen werden, kennt das Centrum nicht; die Katholikentage, die diese Parteitagen ersetzen müssen, sind nichts als große Demonstrationen, in denen von den Leuchten der Partei ungezählte Reden über alle möglichen Dinge gehalten werden. Und zwar Agitationsreden größten Stils, gepfeift mit Hymnen und Kalauern, Reden, die sich in den breitesten Gemeinplätzen bewegen, die alle politischen Probleme in einem Schwall von Phrasen ertränken.

Dah solch ein Katholikentag nichts ist, als eine auf den äußeren Effekt berechnete Demonstration, ergibt sich schon aus dem Charakter seiner „öffentlich Generalversammlungen“, die doch den eigentlichen Kern der ganzen Veranstaltung darstellen, an den sich freilich eine lange Reihe von sonstigen Vorführungen anschließt: Festversammlungen katholischer Lehrvereine, katholisch-katholischer Vereine, katholischer Gesellenvereine, Festkommerse der katholischen Studentenverbindungen, des Kartellverbandes katholischer Studentenvereine usw., während gewissermaßen als Parallel-Demonstrationen weniger lustigen Charakters die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland und die Versammlung der Wanderversandlungen anzusehen sind. Einen wie wenig ernsthaften Charakter aber die öffentlichen Generalversammlungen beanspruchen können, beweist klar der Umstand, daß ihr Beginn — mit einer Ausnahme — auf 6 Uhr nachmittags angesetzt war, auf eine Tageszeit also, wo die Masse der Teilnehmer durch die Ablehnung all der zahllosen übrigen Veranstaltungen des Tages bereits beträchtlich abgespannt gewesen sein dürfte. In jeder der vier öffentlichen Generalversammlungen hielten nun nicht weniger als drei Redner lange Vorträge über die verschiedenartigsten Gegenstände. Eine Diskussion fand nach diesen Reden nicht statt, nicht einmal nach dem agrarischen Vortrag des Abgeordneten Herold über den Brotwucher!

Die „Märk. Volkszeitung“ bezeichnet es allerdings als eine Frage des „Vorwärts“, daß derselbe bei der Erörterung der ersten öffentlichen Generalversammlung die beiläufige Bemerkung hatte mitteilen lassen: „Diskussion ist beiläufig nicht möglich auf den katholischen Tagen.“ Will das Organ des Kaplans Dabach vielleicht behaupten, daß nach der fraglichen Kulturkampfszene des Abgeordneten Zimborn eine Diskussion stattgefunden habe?! Diese Rede wurde, wie bemerkt, in der ersten öffentlichen Generalversammlung gehalten, und in diesen Veranstaltungen giebt es keine Diskussion. Die „Märk. Volkszeitung“ beschränkt ihren Beweis dafür, daß der „Vorwärts“ „gelogen“ habe, denn auf den Satz: „Denn in den geschlossenen Versammlungen ist Diskussion.“ Der unverschämte Angriff gegen den „Vorwärts“ ist aber um so dreister, als es auch in den geschlossenen Versammlungen keine Diskussion im üblichen Sinne giebt, das Eingreifen anderer als in Referaten zum Wort gekommener Redner sich vielmehr auf rednerische Belanglosigkeiten anderer ultramontaner Hauptlinge beschränkt.

Auch die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland endlich erledigte binnen drei Stunden ihre ganze Tagesordnung, die durch Festansprache der unvermeidlichen Herren Gröber, Wachen, Nieber und den Jahresbericht des Generalsekretärs ausgefüllt wurde.

Der ganze Katholikentag stellt sich also als nichts anderes dar als ein hinter Karneval von Versammlungen, Festversammlungen, Festkommerse und als eine barumistische Massenproduktion von Demonstrationen.

### Der Grund des Streiks des Sühneprinzen

soll jetzt entdeckt sein. Wie aus London gemeldet wird, traf in Peking von Prinz Tschun ein Telegramm ein, die deutsche Regierung verlange, daß er vor Kaiser Wilhelm drei Verbeugungen mache und daß sein Legationssekretär und seine Untergebenen sich vor dem Monarchen hinwerfen sollen. Die chinesischen Bevollmächtigten appellierten an den deutschen Gesandten um Ermächtigung zur Abänderung der Ceremonie. Herr v. Mumm lehnte dies ab.

Gleichzeitig verlautet, daß auch die von dem Prinzen Tschun beabsichtigte Ansprache an Kaiser Wilhelm, deren Wortlaut der Hoffitte gemäß dem Kaiser zuvor bekannt gegeben werden mußte, durchaus nicht den Wünschen des Kaisers und des Grafen Bülow entsprochen haben soll.

Soweit wir sehen, wird diese unglaubliche Erklärung des Streiks des Prinzen Tschun in der Presse vollständig ernst genommen. Man amüsiert sich lässlich bei der Vorstellung, daß der Sühneprinz trotz alles Sträubens doch noch die famosen drei Widlinge machen müsse. Nach wie verlernen nicht den gesteigerten Himm der Sache, wenn auch aus wesentlich anderer Ursache. — Die englische Presse fährt fort, Deutschland zu den kompromittierendsten Handlungen aufzureizen.

Der „Evening Standard“ sagt, was für Gründe auch dem Entschluß des Prinzen Tschun, seine Reise zu unterbrechen, mitgewirkt haben mögen, soviel steht fest, daß er Anstoß nehme an den drei Verbeugungen, die er dem deutschen Kaiser in der Empfangsaudienz zu machen habe. Diese Haltung sei lächerlich und impertinent, wenn man bedenke, welche Behandlung unsern eignen Gesandtschaften in früherer Zeit von Seiten Chinas zu teil geworden sei.

Danach scheinen die europäischen Gesandten sich früher ebenfalls dem Ceremoniell des Niederwerfens — proskynen, anhängeln, nannten es die alten Griechen — unterworfen zu haben. Warum sollten es jetzt die chinesischen Gesandten in Europa bequemer haben! Vielleicht empfände sich die orientalische Sitte des Proskynen überhaupt künftig für das europäische Hofceremoniell.

Wenn der Sühneprinz sich genügend für die ihm bevorstehende gymnastische Leistung gefürcht wird, entzieht sich noch immer jeder Verechnung. Wie die „Kön. Volksztg.“ aus der Umgebung des Prinzen erfahren haben will, weigere sich dieser, die Reise nach Berlin überhaupt auszuführen. Man wird sich einstweilen gleich dem in Kleinbasel einquartierten militärischen deutschen Geleite in Geduld üben müssen.

### Deutsches Reich.

#### Ein Lieutenant als Soldatenschilder.

##### Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen hatte sich der Lieutenant Reinecke vom Infanterie-Regiment Nr. 184 in Hameln vor dem Kriegsgericht der 20. Division in Hannover zu verantworten; gleichzeitig war in dieser Sache der Sanitäts-Untersoffizier Grebe als Mitschuldiger angeklagt. Die Verhandlung, zu der 17 Zeugen und der Oberstabsarzt des Regiments als Sachverständiger geladen waren, fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Vertreter der Anklage beantragte den Ausschluß, da in der Verhandlung verschiedene Punkte zur Sprache kommen würden, die das persönliche Ehrgefühl der Beteiligten verletzen könnten. Das Gericht beschloß dem Antrage gemäß, die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlungen auszuschließen, „wegen Gefährdung militärischer Interessen“. Aus der Urteilsbegründung ergab sich ein schwerwiegender Tatbestand. Der Offizier hatte seine Leute gegen den Befehl in der freien Weiser schwimmen lassen. Unter ihnen befand sich der Rusletier Meyer IV., der sich freischwimmen sollte, aber nach einiger Zeit nicht mehr weiter konnte. Nun beschimpfte der Offizier Meyer in der gröblichsten Weise, trat ihm, als er aus dem Wasser wollte, auf die Finger und versetzte ihm Stöße in die Seite. Meyer mußte weiter schwimmen, und als er sich erschöpft an ein Floß klammerte, befohl der Lieutenant dem Grebe, jenen loszumachen. Grebe that dies, wobei er den Meyer stieß und verletzte. Dieser erkrankte darauf an einer Rippenfellentzündung, erlitt aber keine dauernde Schädigung an seiner Gesundheit. Aus dem Urteil ging ferner hervor, daß der Lieutenant dem Rusletier befohl, den Auswurf, den dieser infolge Ermüdung von sich geben mußte, mit den Händen aufzunehmen und in die Tasche zu stecken. Lieutenant Reinecke wurde wegen Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl, Verleumdung und Mißhandlung eines Untergebenen zu einer Gesamtsstrafe von zwei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Umstand, daß Meyer eine dauernde Schädigung an seiner Gesundheit nicht erlitten hat, ließ das Gericht mildernde Umstände annehmen und davon absehen, auf Dienstentlassung des Angeklagten zu erkennen. Grebe wurde wegen schwerer Körperverletzung zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt.

Das Verfahren sowie das Urteil des Hamoverschen Kriegsgerichts ist in jeder Beziehung unverständlich.

Unverständlich ist der Ausschluß der Oeffentlichkeit. Es ist unmöglich zu erkennen, wie „militärische Interessen“ hätten gefährdet werden können, wenn die schmachliche Brutalität des Lieutenants im ganzen Umfange und in allen Einzelheiten der Oeffentlichkeit kundgegeben worden wäre. Vielmehr muß, unseres Erachtens, gerade der Ausschluß der Oeffentlichkeit militärische Interessen gefährden, indem bei Soldaten und bei der civilen Bevölkerung der Verdacht entsteht, daß die Offiziere eine Ausnahmestellung auch für den Schandbuben in ihren Reihen in Anspruch nehmen. Gerade vom Standpunkte des heutigen Militärweins sollten derartige Mißhandlungsfälle in voller Oeffentlichkeit abgehandelt werden, damit kein Zweifel darüber entsteht, daß der Offiziersstand denjenigen seiner Mitglieder gegenüber, die sich gegen Menschlichkeit und Ehre schimpflich verhalten, keine Rücksicht kennt. Oder war auch das Kriegsgericht in Hannover der seltsamen Ansicht des Anklägers, daß das „persönliche Ehrgefühl“ eines Offiziers, das die gemeinste Mißhandlung zuließe, vor dem Urteil der Oeffentlichkeit geschützt werden müsse?

Gleichwohl unverständlich wie der Ausschluß der Oeffentlichkeit ist die außerordentliche Milde der verhängten Strafe und die Billigung mildernder Umstände. Daß der mißhandelte Soldat keine dauernde Schädigung davon getragen hat, ist ein Zufall, der die That des Offiziers nicht im mindesten mildern kann. Eher hätte das Gericht in Betracht ziehen müssen, daß die Mißhandlungen besonders schwere waren, weil der Mißhandelte sich im Wasser befand und leicht den Tod durch Ertrinken finden konnte.

Das Gericht hat von Dienstentlassung abgesehen. Der Lieutenant bleibt würdig, den „vornehmsten Rod“ zu tragen, obgleich er eine Handlung sich zu Schulden kommen ließ, die nach unsterklicher erbärmlicher ist als Feigheit und Flucht vor dem Feinde, worauf die schwersten Strafen stehen. Oder giebt es etwas Erbärmlicheres und Feigeres, als die unumschränkte Macht des militärischen Vorgesetzten in der Mißhandlung eines wehrlosen Untergebenen zu beschließen?

Die Emser Depesche. Wilhelm Liebknecht hat den unredlichen Ursprung des deutsch-französischen Krieges dargelegt und durch seine Darlegung die Bismarcksche Schwindelpolitik schwer getroffen. Kein Wunder, daß der Chauvinismus ihn darob mit erbittertem Haß verfolgte und seine Enthüllungen in Unwahrscheinlichkeiten verlor. Die Richtigkeit der Liebknechtschen Darstellung ist für die objektiven Historiker längst erwiesen; es steht fest, wie Bismarck die Chamade zur Fanfare verwandelte und so den Krieg provozierte. Jetzt wird diese Thatsache durch einen unabweislichen Zeugnis bestätigt. Der ehemalige Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt Justus v. Gruner, der während des deutsch-französischen Krieges sich im Staatsdienst befand, veröffentlicht in der „Deutschen Revue“ Mitteilungen aus seinem Leben; darin schreibt er über die Emser Depesche wörtlich was folgt:

„Eine Depesche aus EmS gab man zum Zweck der Publikation eine Fassung, als ob dem Könige in EmS durch den französischen Volschaster eine Verleumdung widerfahren sei, während der König niemals von einer solchen Verleumdung etwas gewußt hat, und trieb in Berlin die Dinge mit einer solchen Leidenschaft auf die Spitze, daß die französischen Staatsmänner und vor allem der Kaiser Napoleon selbst völlig den Kopf verloren und, ohne an ihre militärische Inferiorität zu denken, Preußen den Krieg erklärten.“

Das dankbare Vaterland. Häufig haben wir hervorgehoben, wie wichtig es mit den völlig erwerbsunfähigen Kriegsinvaliden von 1870/71 steht. Koch herrlicher offenbart sich der Dank des Vaterlandes gegenüber den älteren Veteranen. Zu ihnen gehören diejenigen, die in der Gegenrevolutionzeit 1848 bis 1850 leidet gegen das Volk kämpften zu müssen meinten. Vor uns liegen die Aftenstücke des 74jährigen Veteranen Hugo Dullens. Dullens hat in der Zeit von 1848 bis 1851 bei der Artillerie zu Münster gedient und die in dieser Zeit fallenden Robilmachungen und Hänge mitgemacht. Er ist jetzt völlig erwerbsunfähig. Von dem dankbaren Vaterland hat er zwei Medaillen erhalten. Eine trägt auf der Vorderseite die Inschrift: 1848. Friedrich Wilhelm IV. 1849. Seinen bis in den Tod getreuen Kriegern.“ Die Rückseite weist das preussische Wappentier mit der Umschrift „Von Feld zum Meer“ auf. Die zweite Medaille ist auf einer Seite mit einem Lorbeerkranz und Schwert, auf der andern Seite mit der Inschrift „Leopold, Großherzog von Baden. Dem tapferen Befreiungsheer 1849“ geziert. Beide Medaillen sind hübsch geprägt, machen aber nicht satt. Gehe, die für des tapferen Befreiungsheeres“ Mitglieder sorgen, giebt es nicht. Wohl aber eine Stiftung, die den folgenden Titel führt: „Nationalbank für Veteranen“. Der Nationalbank beschränkt aber seine Tätigkeit darauf, Beamte zu seiner Verwaltung zu unterstützen und nur solche Personen zu unterstützen, die als preussische Staatsangehörige in Preußen wohnen. Dullens wohnt 3 Meilen weit von Preußen, in St. Ingbert in Bayern, also sieht ihm von Rechts wegen nichts von Nationalbank zu. Dullens jammert auch hierüber nicht. Er hat längst seine Ruh-Beteiligung am Kampf gegen die bedauert, welche ihr Blut für ein einiges, freies Deutschland einsetzten, und ist Socialdemokrat geworden, hat auch einige kleine Brotschürzen (so „Brot gehören die Kohlen“, „Brot aus dem Zukunftsstaat“) geschrieben und nährt sich so schlecht und recht er kann. Der Fall Dullens zeigt, wie der Nationalbank des Vaterlandes, das ist der Zeitgenossen, auch gegen Veteranen aus dem „Befreiungsheer“ von 1849 beschaffen ist. Vielleicht giebt manch einer, der heute noch seine eigenen Ketten schmiedet, eine Lehre aus diesem Nationalbank für „die bis in den Tod getreuen Krieger“.

Urteil eines Europäers über den China-Kreuzzug. Der Jahresbericht des chinesischen Zollamts in Tientsin beginnt mit folgenden Sätzen:

Die Vorkommnisse des vergangenen Jahres haben dem Handel in Nordchina einen Schlag versetzt, von dem er sich so schnell nicht erholen wird, selbst dann nicht, wenn es möglich sein sollte, den Schneeball in seinem Rückprall aufzuhalten, der vor sieben Jahren in Korea ins Rollen gebracht worden ist und sich seitdem zu einer Lawine vergrößert hat, die das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts mit Erschütterungen, Krieg und Verheerung bedroht. Die Erregung, die in den Ländern des Westens durch die Ermordung fremder Beamten und zahlreicher Missionare, die Verleumdung der fremden Niederlassungen in Tientsin und die Belagerung der Gesandtschaften in Peking hervorgerufen ist, ist zu neu, um eine nützliche Besprechung der Bewegung und ihrer Ursachen zuzulassen. Es scheint, daß die christliche Welt zunächst ihre Rache — und ihre Leute — haben muß, ehe sie genug von ihrem geistigen Gleichgewicht wiedererlangt, um ohne Vorurteil und Leidenschaft die Thaten derer besprechen zu können, die durch jahrelange Angriffe und Demütigungen ihres Nationalstolzes zur Verzweiflung getrieben, in ihrer Kurzsichtigkeit keinen anderen Weg zur Rettung ihres Landes, ihrer Dynastie und ihrer alten Civilisation mehr sahen, als im Völkertum die Verschwörungsfornel anzurufen, durch die die Massen ausgehoben und der Sinn des friedliebenden und geborgenen, zugleich aber auch leichtgläubigsten und abergläubigsten Bauernvolkes in China zu jenem fanatischen Haß angefaßt wurde, der dann in dem elementaren Wunsch zum Ausdruck kam, die fremden Eindringlinge und alles Fremde zu vernichten.

An der Spitze des chinesischen Zollamts steht ein Europäer, Direktor G. Detring. Der „Ostasiat. Lloyd“ beschimpft denselben wegen seiner objektiven Auffassung der Chinesen als „Chinesen“. Eine Beschimpfung ist aber keine Widerlegung.

Das neueste Opfer des Krachs in Dresden ist die dortige Spar- und Vorsparbank, die ihre Zahlungen einstweilen eingestellt hat, sie aber nach einer Bekanntmachung „vorläufiglich in den nächsten Tagen wieder aufnehmen wird“. Die Bank wurde hauptsächlich von den kleinen Aufsichtsräten bennnt. Als sich am Mittwoch die Kunde von den Zahlungsinstellungen in der Stadt verbreitete, entstand in diesen Kreisen eine kopflose Verwirrung und es kam zu dem üblichen Rum.

### Kostspielige Blödsinnigkeiten.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Der neue reichslandische Staatssekretär v. Köller hat dieser Tage definitiv seine Polizeibeherrschaft über Elsaß-Lothringen angetreten und sich bereits die höheren Beamten seines Ressorts vorstellen lassen. Seine Ernennung zum Nachfolger v. Puttkamers wird dem Lande nicht bloß im bildlichen, sondern auch im wahren materiellen Sinne des Wortes teuer zu stehen kommen. Die Entlassung v. Puttkamers erfolgte bekanntlich mit jener überraschenden Blödsinnigkeit, die ein hervorragendes Merkmal des augenblicklich gesteuerten Reichsregimes ist. Nun tritt nach den Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes die Veretzung in den Ruhestand erst mit dem Ablauf desjenigen Vierteljahres ein, das auf den Monat folgt, in welchem dem Beamten die Entscheidung über seine Veretzung in den Ruhestand und die Höhe der ihm zustehenden Pension bekannt gemacht worden ist. Herr v. Puttkamer ist am 8. August gegangen worden, würde danach also am 1. Dezember d. J. in den Ruhestand treten. Bis dahin verbleibt er im Gemüße seines Gehalts, seiner Dienstwohnung und der sämtlichen sonstigen, aus seiner amtlichen Stellung sich ergebenden Bezüge. Ebenso lange also, d. h. vom Tage der Ernennung v. Köllers (Mitte August) an bis Ende November, hat das Land das Gehalt des Staatssekretärs doppelt zu zahlen. Des ferneren muß dasselbe für die Kosten der Beschaffung einer entsprechenden Wohnung für den neuen Staatssekretär v. Köller aufkommen. Da das Gehalt des Elsaß-Lothringischen Staatssekretärs 24 000 M. beträgt, so dürfte die durch Puttkamers plötzliche Entlassung verursachte Mehrbelastung der reichslandischen Steuergäbter sich auf mindestens 8000 M. belaufen, eine Aus-

gabe, die bei etwas weniger blühlichem Funktionieren der Entlassungs-  
waajinerie dem Lande leicht hätte erpart werden können.

Der Landesauschuss für Elb-Bohringen hat noch im Februar  
dieses Jahres die Forderung der Regierung für die Anstellung eines  
weiteren Assistenten an der medizinischen Klinik der  
Universität Straßburg aus Sparmaßregeln  
abgelehnt, obwohl dafür monatlich nur 75 M. jährlich also  
ganze 900 M. verknüpft worden waren. Man kann nun gespannt  
darauf sein, wie sich das Rentner- und Bürgermeisterparlament zu  
der oben gekennzeichneten Ausgabe der Steuergrößen des Volkes  
stellen wird; im Hundstunde wird da eine Summe verpulvert,  
mittels deren der erwähnten beschriebenen Forderung eines wissen-  
schaftlichen, den Interessen der Allgemeinheit dienenden Instituts  
auf volle neun Jahre hätte genügt werden können.

## Ausland.

### Die verflozene parlamentarische Session.

London, 24. August.

Mit Ausnahme der Unionisten, die dem Kolonialsekretär kritisch  
folgen, ist die öffentliche Meinung darüber einig, daß die verflozene  
parlamentarische Session zu den traurigsten in der politischen Ge-  
schichte Englands gehört. Die Verurteilung der Regierung durch  
die Liberalen ist zwar nicht ganz verständlich, denn sie haben  
blutwenig getan, die herrschende Politik in andre Bahnen  
zu lenken. Aber sie sind nun einmal in der Opposition  
und müssen eben tadeln; c'est leur métier. Viel wichtiger  
und lehrreicher ist die bittere Stimmung der Tories, die  
in der „Saturday Review“ ihren Ausdruck findet. „Die Session“,  
bemerkte diese Wochenchrift, „war uninteressant, niederdrückend und  
enttäuschend... Der langwierige Krieg mit seinen langen Toten-  
listen und mit seinen sehr mageren Resultaten hat dem Publikum  
alles Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen geraubt.  
Eine Ausnahme bildet das Budget, das den interessantesten  
Punkt der Session bildete... Die Regierung bestand energisch  
auf dem Kohlenzoll, deshalb ihr vollständiger Erfolg. Im übrigen  
war die Session kaum etwas besseres als ein fortgesetzter Mißerfolg.  
Die legislativen Maßnahmen gleich Null; in der Socialreform ist  
fast ein Stillstand eingetreten, ohne uns dafür durch einen Fort-  
schritt in der auswärtigen Politik oder in der nationalen  
Verteidigung entschädigt zu haben. Die chinesische Frage  
wurde erledigt, indem man alle wichtigen Fragen unerledigt  
ließ; die einzige greifbare Leistung ist vielleicht die Ab-  
kehrung der Resolution des amerikanischen Senats in Sachen des  
Nicaragua-Kanals.“ Diese Kritik ist ganz im Geiste der Tory-  
traditionen geschrieben und enthält in sich das Toryprogramm.

Die Freude der Tories am Budget ist durchaus begründet. Das  
Budget enthält keinen einzigen progressiven Finanzgedanken und  
macht den ersten Angriff auf den Freihandel. Und mit der Abgabe  
an den amerikanischen Senat hat die Nicaragua-Kanalfrage noch  
lange nicht ihr Bewenden genommen. In den Vereinigten Staaten ist  
die Ansicht vorherrschend, daß England kein Recht habe, sie auf  
Grund des veralteten Clayton-Bulwer-Vertrags im Kanalbau zu  
stören. Sollte Präsident Krüger im Herbst nach Amerika gehen, so  
wird die anti-englische Stimmung noch schärfer zum Ausdruck ge-  
langen.

Für uns hat indes die Session eine andre Bedeutung. Sie hat  
zwei legislative Maßnahmen zeitigt: die neue Fabrikakte und die  
Regulierung des höheren Volksschulwesens, die uns Aufmerksamkeit  
verdienen. Die erstere stellt einen kleinen Fortschritt dar, die andre  
einen bedeutenden Rückschritt.

Die neue Fabrikakte ist im großen ganzen eine systematische  
Zusammenstellung sämtlicher seit dem Jahre 1878 angenommenen  
Arbeitergesetze, die infolge ihres regellosen Durcheinanders  
bis jetzt nur eine mangelhafte Anwendung finden konnten. In der  
neuen Kodifikation werden zwar manche Härten gemildert und  
manche Unbequemlichkeiten beseitigt, aber viele sehr bedeutende  
Mängel sind unberührt geblieben. Die wichtigste Forderung,  
die Zahl der Fabrikinspektoren zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die  
enormen Kriegsausgaben, sagte man, ließen eine weitere Befestigung  
des Budgets nicht zu. Ein Teil der Werkstätteninspektion wurde  
deshalb auf die Lokalbehörden abgewälzt. Dies ist besonders zum  
Nachteil einer Reform des Schichtsystems geschehen. Die Akte ent-  
hält die Bestimmung, daß der Unternehmer für die gesundheits-  
widrigen Verhältnisse der Heimindustrie (Schichtbuden) verantwor-  
tlich gemacht werden kann, an die er Arbeit liefert. Das wäre eine  
sehr gute Bestimmung, wenn die Unterlegung dieser Arbeitsstätten  
den Inspektoren obläge. Da aber diese Aufgabe eine Vermehrung  
der Inspektorenzahl erheischte, so wurde sie den Distriktsräten über-  
lassen. Diese Lokalbehörden haben nunmehr das  
Recht, aber durchaus nicht die Pflicht, die Schichtbuden  
zu untersuchen; sie dürfen jedoch zu keiner  
Klionschreiten, ohne eine spezielle Bewilligung  
vom Ministerium des Innern eingeholt zu haben.  
Diese ganze Bestimmung ist also wertlos. Das Schichtsystem  
erfreut sich nach wie vor des Wohlwollens der Regierung.

Ein weiterer sehr wichtiger Mangel ist die Ausnahme der  
Wäschereien von der Inspektion. Die Regierung war allerdings  
bestrebt, die Wäschereien der Fabrikinspektion zu unterstellen.  
Da indes die Irländer eine Ausnahme für die Wäschereien  
der Klöster verlangten, und in diesem Verlangen von den  
Liberalen und in dieser Frage höchst einflussreichen Arbeiter-  
Abgeordneten unterstützt wurden, so ließ die Regierung diese Be-  
stimmung fallen. Die Schwäche der Regierung ist durchaus nicht  
gerechtfertigt, denn die Konventionen verfügen über eine Mehrheit  
und konnten die Bestimmung annehmen lassen. Die Ablehnung  
ist nun so bedauerlich, als die Wäschereien in überwiegendem Maße  
Mädchen und Frauen beschäftigen, die ohne Organisation und ohne Wider-  
standskraft sind und in gesundheitsgefährlichen, engen Lokalen ihre  
Arbeit verrichten müssen. Es ist zwar eine mißliche Sache, über die  
Irländer zu rathen, aber es wäre im Interesse des englischen  
Proletariats zu wünschen, daß die Irländer ihre Home Rule haben  
und im Parlament zu Dublin ihre Religions- und Rassenfragen  
ausprechen.

Diesen Nachteile stehen verschiedene Vorteile gegenüber:  
Die Dozarbeiter wurden in die Kategorie „Fabrik“ hinein-  
gezogen und somit dem ganzen System der Schutzgesetzgebung unter-  
worfen.

Unterirdische Wärdereien wurden verboten. Die sanitären Vor-  
teile, die diese Bestimmung den Arbeitern und der ganzen Bevölkerung  
bietet, bedürfen keiner weiteren Auseinandersetzung.

Private Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern  
in Bezug auf gefährliche Industrien sind nicht mehr gestattet.

Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in den Textil-  
distrikten Lancashires um eine Stunde.

Mangelhafte Kessel sollen als gefährliche Maschinen behandelt  
werden.

Die Bestimmung betreffend Schutzvorrichtungen gegen Feuer-  
gefahr wurde verbessert.

Schließlich haben die Forderungen auf eine durchgreifende  
Ventilation der Werkstätten eine Berücksichtigung erfahren, die  
wenigstens auf dem Papier nichts zu wünschen übrig läßt.

Um die Ausarbeitung der neuen Fabrikakte haben sich Sir  
Charles Dilke, Keir Hardie und John Burns manche Verdienste  
erworben.

Dagegen bedeutet die neue Regulierung des höheren Volksschul-  
wesens eine Rückentwicklung zum alten System: die Elementar-  
schule fürs Volk; technische Ausbildung für die qualifizierten  
Arbeiter; Universität für die herrschenden Klassen. Auf Grund  
der Gesetzgebung in den Jahren zwischen 1870—1880 haben die  
Schulkommissionen (school boards), die zur Veranlassung des  
Elementarunterrichts geschaffen wurden, die Volksschule so entwickelt,  
daß es den Kindern der Arbeiter möglichst wurde, eine kostlose Er-  
ziehung zu erhalten, die sie zum Universitätsstudium und zum höheren  
Beamtenberuf befähigte. In die school boards wurden fast überall  
progressive, gebildete Mitglieder gewählt, da sich die Bevölkerung im  
allgemeinen um die Volksschule nicht viel kümmerte und es  
deshalb einer zielbewußten Minorität überließ, über das

Schicksal des Volksschulunterrichts zu bestimmen. Während zum Beispiel  
die Beteiligung an Londoner Parlamentswahlen ca. 80 Proz. der  
Stimmberechtigten betrug und bei Grafschaftswahlen ca. 50—60 Proz.,  
betrug sie bei Schulwahlen nur 20—25 Proz. Das will sagen, daß  
nur diejenigen, die sich für das Volksschulwesen wirklich interessieren,  
zur Wahlurne gingen und für Personen stimmten, die das Bildungs-  
monopol der Reichen brechen wollten. In letzter Zeit sind nun die  
Herren von Weisheit und Bildung auf die Gefahr der school  
boards aufmerksam geworden und der Regierungssubditor Goderton  
verweigerte die Ausgaben für den höheren Volksschulunterricht und  
die Richter gaben ihm Recht. Und damit war der ganze höhere  
Volksschulunterricht als ungesetzlich erklärt worden. Die Unterrichts-  
frage wurde sodann vor das Parlament gebracht, das folgendes  
Gesetz annahm: „Die Ausgaben, die die school boards bis zum  
31. Juli 1901 machten, dürfen nicht beanstandet werden.“ — Sofort  
aber dürfen Ausgaben für den höheren Volksschulunterricht nur auf  
Grund eines Uebereinkommens der school boards mit den Lokal-  
behörden und nur für ein Jahr festgesetzt werden. — Die Abend-  
schulen sind den school boards entzogen und dem Unterrichts-  
ministerium unterstellt.“ Mit diesem Gesetze hat die Demokra-  
tisierung des Unterrichts einen Stoß erhalten, von dem sie sich nicht  
so schnell erholen wird.

Die legislative Arbeit der verflozenen parlamentarischen Session  
ist für die ganze Weltanschauung der Tories charakteristisch: etwas  
Schutz der Arbeiter gegen das industrielle Kapital; principiell  
Unterdrückung der proletarischen Bestrebungen zur geistigen Erziehung  
und Selbständigkeit; Kampf gegen fremde Völker.

## Frankreich.

**Der Konflikt mit der Türkei.** Der Wiener Korrespondent  
der „Daily Mail“ telegraphiert seinem Blatte, der Votschaster  
Constant habe ihm in einer Unterredung erklärt, er werde sich  
nur wenige Tage in Paris aufhalten, um mit Delcassé die  
Lage zu besprechen. Den von der Presse gebrachten Mit-  
teilungen über den Zwischenfall mit der Pforte habe er nichts  
hinzuzufügen. Die Angelegenheit befände sich augenblicklich  
in den Händen der französischen Regierung und werde  
nur dann beendet werden, wenn der Sultan den von Frankreich  
gestellten Forderungen völlige Genugthuung gewähre.  
Auf die Frage, ob Constant nach Konstantinopel zurückkehren werde,  
antwortete der Votschaster mit einem energischen „Niema!“

Im Gegensatz zu dieser Erklärung des Votschasters, die sich  
durch Schärfe des Tons auszeichnet, sieht das Phlegma, mit dem  
die Pforte die Sachlage beurteilt. Eine Meldung aus Konstantinopel  
befaßt:

In hiesigen offiziellen Kreisen wird die durch die  
Kreise des französischen Votschasters geschaffene Lage mit aller  
Ruhe betrachtet, man hält in diesen Kreisen dafür, daß die  
Gründe für den Zwischenfall nicht ernstlich genug seien, um einen  
Bruch in den guten Beziehungen zwischen beiden Ländern herbei-  
zuführen. — Am Mittwoch fand im Yıldiz-Palais ein Ministerrat  
statt, welcher sich mit dem französisch-türkischen Zwischenfall be-  
schäftigte.

**Paris, 28. August. (Eig. Ber.)** Der Spaltungsprozess  
in den sozialistischen Reihen dauert fort. Nach der großen  
Hauptspaltung die Keimen Unterpartungen, die Neuverteilung ein-  
zelner Gruppen und Genossen unter die beiden Kampfpläne.

Die bemerkenswerteste Unterpartung dieser Art ist diese Woche  
perfekt geworden. Der sozialistische Abgeordnete von Bourges (Cher),  
Breton, war schon seit Beginn der Kämpfe um die Einigungs-  
und die Ministerfrage mit seiner „engeren“ Organisation,  
der „Sozialistischen Revolutionären Partei“ (Blanquisten) in Wis-  
senschaft geraten. Er hielt es mehr mit Jaures bezw. mit den  
„Ministeriellen“. Seinem Einfluß ist es wesentlich zu verdanken,  
daß die Blanquisten auf dem Pariser Kongress 1900 nicht zugleich  
mit den Guesdisten die geeinigten Partei verließen. Dem Honorar-  
kongress aber blieb er fern, weil inzwischen das Kräfteverhältnis  
sich so verschoben hatte, daß die Blanquisten ihrerseits mit der  
Gesamtpartei brechen konnten, ohne Gefahr für den Zusammenhalt  
ihrer eigenen Organisation. Die Folge der Honorar Spaltung aber  
war nun doch für die Blanquisten die Abspaltung einer um  
Breton geführten Minorität der Föderation des Cher-Departements,  
der stärksten Lokalorganisation der Blanquisten. Abg. Breton  
und Cougnh, Generalrats-Mitglied, gründeten eine autonome  
Föderation, die dann dem Generalkomitee der geeinigten Partei  
beitrat.

Die Konsequenz davon war der Ausschluß von Breton,  
Cougnh und ihren Anhängern, der auf der soeben abgehaltenen  
Konferenz der Föderation des „Centrums“ mit 42 gegen 2 Mandate  
ausgesprochen wurde.

Bisher war im Cher-Departement einzig die blanquistische  
Organisation vertreten. Jetzt ist auch dieses Departement in den  
Chaos des Spaltungsprozesses hineingezogen. Denn es ist ein  
Chaos, von dem nur die Feinde des Sozialismus profitieren können.  
Für die kommenden Kommunalwahlen z. B. wird es natürlich einen  
Gegeißelndebatten gegen Breton geben.

Ein bisheriger engerer Organisationsgenosse Bretons spricht von  
dessen notwendigem Ausschluss im „Reit Sor“ mit Ver-  
trüblichkeit: „Reich, geübt, eines sorgenlosen Lebens sicher, stellte  
Breton von früher Jugend an seine ganze Persönlichkeit in den  
Dienst unserer Sache und gab sich während beinahe zehn Jahren,  
wovon er zwei im Gefängnis zugebracht, mit einer seltenen Selbst-  
losigkeit dem Werte der sozialistischen und revolutionären Pro-  
paganda hin.“

Bei dieser Gelegenheit sei nachträglich erwähnt, daß die  
Guesdistische Föderation den Vorgesetzten-Adjunkten von Lille  
Delesalle ausgeschlossen hat, weil er mit einem Mandat der  
autonomen Föderation von Nord und Pas-de-Calais am Honorar-  
kongress teilgenommen hatte, um dort den Einigungsentwurf der  
Guesdistischen Arbeiterpartei zu verteidigen und so den Boden zur  
Wiedervereinigung vorzubereiten. Nach seinem Ausschluss legte  
Delesalle sein Adjunktamt nieder.

Auf der andern Seite ist folgendes eine Drohnote an das  
Generalkomitee zu verzeichnen, die von der autonomen Föderation  
des Honne-Departements beschlossen wurde: „Angesichts der Haltung  
des Ministeriums in zahlreichen Fällen und namentlich im China-  
krieg und in den Fällen Herbet und Hersé (zwei wegen anti-  
militaristischer Zeitungsartikel bezw. wegen sozialistischer Ge-  
sinnung gemehrte Lehrer); und trotz der Bemühungen Millerands  
in seinem besondern Ministerium, — erklärt die Föderation, daß die  
Beteiligung eines Sozialisten am Ministerium die längste Zeit ge-  
dauert hat.“ Labet sie ihren Delegierten im Generalkomitee ein, in  
seiner entscheidenden revolutionären Haltung zu verharren, und  
benachrichtigt das Generalkomitee, daß, falls dasselbe nicht klar und  
energisch, durch Wort und That, jede Solidarität mit diesem  
Ministerium zurückweisen würde, die Föderation genötigt wäre, alle  
Beziehungen mit dem Generalkomitee zu lösen, um von ihrer Autonomie  
den ihr im allgemeinen Interesse der Partei nächstliegenden Gebrauch zu  
machen.“

Das Generalkomitee beantwortete diese Resolution in seiner  
Sitzung vom 21. August wie folgt: „Das Generalkomitee nimmt  
diese Mitteilung zur Kenntnis, zugleich der Honne-Föderation in Er-  
innerung bringend, daß alle seine Handlungen seit dem Honorar-  
kongress und insbesondere das Manifest, mit dem sein Wirken ein-  
geleitet wurde, entschlossen und formell die „ministerialistische Politik“  
verwerfen.“

Nach dem Honorar Kongress sind nur zwei Gruppen aus der  
Honne-Föderation ausgetreten, um sich der antiministeriellen Union  
anzuschließen.

**Armee und Volk.** Der französische Kriegsminister  
General André hat in Toulouse eine bemerkenswerte Rede ge-  
halten, in welcher er sich über die Stellung der Armee zur Civil-  
bevölkerung äußerte. Am die künstliche Absperrung der Offiziere  
von der Bürgerlichkeit aufzuheben, habe er den Offizieren das Recht  
verleihen, außerhalb des Dienstes Elbisseider zu tragen; aus diesem  
Grunde seien auch die Hindernisse beseitigt worden, welche die  
Monarchie bezüglich der Verheirathungen der Offiziere auf-

gerichtet, und deshalb seien in den Militärkassen Vorkäufe über  
die sozialen Pflichten der Offiziere eingeführt. Wie die Gehälter  
der Offiziere, so solle auch der Sold der Gemeinen erhöht  
und ihre Ernährung mehr den Gewohnheiten des Civillebens  
angepaßt werden. — Bezüglich der in den Militär-Berufstätten be-  
schäftigten Arbeiter herrsche zwischen ihm und dem Handelsminister  
vollkommene Uebereinstimmung hinsichtlich deren Arbeitsbedingungen.  
— Schließlich sprach der Minister die Hoffnung aus, daß es ihm  
gelingen möge, von der Kammer die Ermächtigung zu erlangen, das  
Militär-Strafgesetzbuch einer Revision zu unterziehen. — Auch wenn  
man in Betracht zieht, daß es sich um eine Festschreibung handelt, so  
muß doch anerkannt werden, daß durch die Rede, wie überhaupt  
durch die Handlungen des Generals André ein Hauch des modernen  
Geistes weht.

## England.

**Protest gegen den Boerenkrieg.** Die drei größten Chris-  
tlichen Konfessionen in England, nämlich die anglikanische Kirche, die  
freie Kirche und die römisch-katholische Kirche haben gemeinsam einen  
Aufruf erlassen, worin die Wiederherstellung des Friedens in Süd-  
afrika gefordert wird. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Wir unterzeichneten sehen es als unsere Pflicht an, einen  
Beweis unserer christlichen Glaubens zu geben, indem wir er-  
klären, daß 1. nach dem Gerechtigkeitsgefühl nicht die Ausdehnung  
des Gebietes die Größe einer Nation ausmacht, 2. daß dieselben  
moralischen Gesetze sowohl für die Völker, wie für den Einzelnen  
gelten; 3. daß jede Eroberung den Lehren Jesu Christi entgegen  
ist. Infolgedessen fordern wir im Namen desjenigen, welcher  
die Anglikanischen trösten kann und die Freiheit der Gefangenen  
verkündete, daß den Boeren solche Friedensvorschläge gemacht  
werden, welche von ihnen angenommen werden können, ohne ihre  
Würde zu opfern.“

Dieser Aufruf hat bereits Tausende von Unterschriften gefunden.  
Es hat sehr lange gedauert, bis den Unterschriftenden Eltern  
und Vätern des Christentums diese Erkenntnis aufdämmerte.  
Hätten die Boeren sich auf die Kirchen verlassen, wären sie längst  
annektiert gewesen und die Alleinseligmachenden hätten sich mit der  
vollendeten Thatsache leicht abgefunden. Zudem: Wenn die Kirchen  
etwas Ernstliches gegen den südafrikanischen Raubkrieg thun  
wollten, dürften sie es nicht bei der platonischen Unterstützung durch  
einen Aufruf bewenden lassen.

## Spanien.

**Madrid, 20. August.** Im Laufe von Uebungen in spanischen  
Gewässern war ein englisches Torpedo am Strand  
von La Linea des Concepcion aufgelaufen. Englische Seeleute  
eilten herbei, um dasselbe zu heben, wurden aber von spanischen  
Soldaten daran gehindert. Die Engländer kamen dann  
in größerer Zahl herbei und hoben das Boot trotz des Einspruchs  
der spanischen Soldaten. Der Zwischenfall wird hier lebhaft  
besprochen.

## Dänemark.

**Die Aufhebung des Kirchenrats.** Das Ministerium hat in  
seiner Sitzung am Freitag den im Jahre 1883 durch einen Militär-  
akt des Ministeriums hinweg eingeschlagen Kirchenrat aufgehoben.  
Diese Institution war von der Regierung ohne Befragen des Reichs-  
tags und somit im Widerspruch zu der Verfassung errichtet worden.  
Sie bestand aus 7 Bischöfen und einem juristischen Professor, die  
sich jährlich einmal versammeln sollten, um der Regierung ihr Gut-  
achten über alle kirchlichen Fragen abzugeben, mit denen  
sich das Ministerium befassen wollte oder die dem Reichstag vor-  
gelegt werden sollten. Der Kirchenrat sollte ein Bollwerk der Reaction  
und Orthodoxie gegen die Grundtvigianer, die kirchlich-liberale  
Partei, bilden, die eine größere Freiheit in der Staatskirche haben  
wollte und auch mit Hilfe des in seiner Mehrheit freisinnigen  
Reichstages einzuführen hoffte. Nachdem nun dieser verfassungswidrige  
Kirchenrat aufgehoben wurde, ist die Staatskirche wieder der  
gesetzgebenden Macht untergeordnet worden.

## Asien.

**Friedensprotokoll und Waffeneinführungs-Verbot.** Aus  
Peking wird vom 28. August gemeldet:

Die Befandten haben beschlossen, das Edikt, welches  
die Waffeneinfuhr verbietet, anzunehmen mit Ausnahme  
des ersten Paragraphen, gegen den Einsprüche erhoben  
wurden. Wie verlautet, hat der englische Befandte Satow  
den Antrag gestellt, das Edikt den chinesischen Vertretern als nicht  
zufriedenstellend zurückzugeben. Der Vorschlag wurde  
indefinit abgelehnt.

Das Edikt, durch welches die Einfuhr von Feuerwaffen und von  
Munition verboten wird, ist gestern abend erlassen  
worden. Das Edikt übergeht die wesentliche Thatsache, daß das  
Verbot sich auf die Regierung bezieht, mit Stillschweigen und stellt  
die Sache so dar, als ob die Regierung die Einfuhr aus  
freien Stücken verbiete; um die Wiederholung der Unruhen  
und des Aufruers zu verhindern. Die Befandten sehen das  
Edikt für ungenügend an und hielten eine Versammlung ab, um  
über das Edikt zu beraten.

Während die Befandten die Frage des Waffeneinfuhrverbots  
mit all der zehraubenden Gränblässigkeit behandelten, die ihre Ver-  
handlungen überhaupt auszeichnet, erklärt ein Kenner chinesischer  
Verhältnisse, daß das ganze Edikt überhaupt wirkungs-  
los sein werde.

Dr. G. D. Will, ein bis vor kurzem in Diensten der chinesischen  
Regierung stehender Beamter, hat einem Interviewer in Kalkutta  
gegenüber die Ansicht geäußert, daß das Verbot der Waffeneinfuhr  
nach China zwecklos sei. Die Chinesen hätten Arsenale und  
Pulverfabriken bei Tschang an der Küste, bei Hanjang,  
nahe Hankau, bei Kan King, bei Tschengtu und bei Canton oder  
in der Nähe. Die Fabriken arbeiteten unter Hochdruck Tag  
und Nacht. Während vor den Unruhen in Hanjang täglich fünfzehn  
Gewehre hergestellt worden seien, würden jetzt täglich wahrscheinlich  
mehrere Hundert produziert. Auch Schnellfeuer- und  
Maschinengewehre würden hergestellt. Auch zur Her-  
stellung schwerer Geschosse wären alle Einrichtungen.  
Die Gewehre seien Magazin-gewehre für sechs Patronen.  
Vor vielen Monaten sei in Hanjang mit dem Bau  
einer Pulverfabrik begonnen worden, die Arbeit sei jedoch  
nicht vorangeschritten. Erst bei Ausbruch der Unruhen hätten  
die Chinesen die Arbeit beschleunigt. Die Fabrik sei im vergangenen  
Dezember vollendet worden und arbeite mit Hochdruck. Ferner sei  
die Provinzialarmee gründlich reorganisiert worden. Alle alten und  
unbrauchbaren Offiziere und Mannschaften seien entlassen worden  
und Tausende von Rekruten aus Hunan, also die tapfersten Leute in  
China, eingestellt worden. Die japanischen und deutschen In-  
strukteure seien nie entlassen worden. Als die Dinge  
im vergangenen Jahre sehr böse aussehcn, hätten sie die Ausbildung  
unterbrochen, aber sie seien jetzt wieder hart an der Arbeit. Es  
seien drei deutsche und eine Anzahl japanischer Instrukteure be-  
schäftigt, einer der Deutschen sei ein hoher deutscher Offizier. Niemand  
könne sagen, was in China passieren werde.

## Der Boeren-Krieg.

### Englische Drohungen.

Eine Depesche Lord Ritchers aus Pretoria vom 25. d. M.  
berichtet: General Gidhard hat mir eidlische Aussagen  
übermittelt, welche bestätigen, daß am 6. Juni in Graspan bei Retz  
ein Lieutenant und zwei Soldaten erschossen worden  
sind, nachdem sie sich ergeben hatten. Ich habe Abstriften  
dieser Aussagen an Stejn und Voska geschickt. — Staatssekretär  
des Krieges Brodrick hat heute an Ritchener folgendes  
telegraphiert: Wir vernehmen, daß Sie hinsichtlich des an unsren  
Verwandten bei Blaffonten begangenen Toichlags keinerlei  
befriedigende Zusicherung erhalten haben. In Anbetracht  
der in Ihrer Depesche aufgeführten Thatsachen sind wir der Ansicht,  
daß Sie durch Proklamation bekanntgeben müssen, daß  
die Mitglieder eines Kommandos, das einen solchen Akt der Gewalt-

Thätigkeit begangen hat, als schuldig angesehen werden, wenn bewiesen wird, daß sie bei Ausführung der That anwesend waren, ob sie nun wirklich daran teilgenommen haben oder nicht, und daß der Chef des Kommandos mit dem Tode und die übrigen Mitglieder des Kommandos je nach dem Grade ihrer Mitschuld mit dem Tode oder mit einer leichteren Strafe werden belegt werden.

München dürfte sich hüten, allzu scharf gegen gefangene Boeren vorzugehen, da die jüngsten Gesetze erst wieder bewiesen haben, daß es den Boeren nicht allzu schwer fallen würde, für jeden erschossenen Boeren einen gefangenen Engländer zu erschießen.

### Thätigkeit der Boeren.

In einem Briefe an die „Westminster Gazette“ erklärt ein englischer Offizier aus Südafrika, die Boerenkolonnen seien augenblicklich beweglicher, als die englischen.

Aus Cradod wird gemeldet: Das Kommando Pöther befindet sich neuerdings in der Umgebung von Cradod und wird durch die Truppen des Obersten Scobel verfolgt.

### Die letzte Tagesverlustliste

ist wieder etwas umfangreicher ausgefallen. Sie umfaßt 14 Tote, 30 Verwundete, 29 Gefangene, welche jedoch wieder freigelassen wurden, und sechs an Krankheiten Verstorbenen.

## Partei-Nachrichten.

Die Kreisconferenz in Halberstadt nahm im Verlauf ihrer Verhandlungen folgenden Antrag an:

Die Kreisconferenz verurteilt es entschieden, daß der Ferien-Redacteur der „Vollzeitung“ seine dem Parteiprogramm widersprechenden Anschauungen in der „Vollzeitung“ zum Ausdruck brachte und spricht dem Redacteur seine ihre Mißbilligung aus.

Ferner kam der nachstehende Antrag des Genossen Markwald zur Annahme: Die Kreisconferenz beantragt beim Parteitag zum Bericht der Reichstags-Fraktion, der Parteitag wolle beschließen:

Der Parteitag erklärt, daß er das vom Ober-Striegsgericht in Gumbinnen gefällte Todesurteil wider den Unteroffizier Warten für einen der schwersten Justizirrtümer hält, welchen die Geschichte kennt. Der Parteitag sieht auch nicht annehmbar einen Beweis dafür erbracht, daß der Verurteilte sich des ihm zur Last gelegten Mordes schuldig gemacht hat. Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, daß dieselbe unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das Gumbinner Urteil in geeigneter Form im Reichstag für die Abschaffung der Todesstrafe und die Befreiung der Militärjustiz — außer für Disziplinarfälle — eintreten wird.

Sein Parteitag soll des weiteren beantragt werden, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitags zu legen.

Zum Parteitag. Die Münchener Genossen haben folgenden Antrag an den Parteitag angenommen: „Der Parteitag wolle beschließen, es sei die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, sofort nach Zusammentritt des Reichstags Anträge auf Abänderung der Militär-Strafgerichts-Ordnung vom 1. Dezember 1898 zu stellen. Als Minimum dessen, was überhaupt von einer Prozeß-Ordnung gefordert werden muß, die der Rechtspflege dienen will, wäre zu verlangen, daß dem Rechte des Angeklagten wenigstens so weit Rechnung getragen wird, daß 1. der Allgewalt des Gerichtsherrn Schranken gesetzt, 2. die Funktionen des Untersuchungsrichters und des Anklagevertreters getrennt und 3. die Gerichtshöfe detariert zusammengesetzt werden, daß die juristisch gebildeten Richter bei Entscheidung der Schuldfrage von den Offizieren nicht majorisiert werden können.“ Ferner wurde beschlossen, zu beantragen, daß der nächste Parteitag in München abgehalten werden soll.

Änderungen in der Parteipresse. Bisher erschienen in Breslau neben der „Vollmacht“ die „Östlicher Volkszeitung“ dreimal wöchentlich, die „Vollmacht“ für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ wöchentlich einmal und in einer Wochenausgabe für den Wahlkreis Waldenburg die „Wahrheit“. Vom 1. September ab wird für die Provinz Posen unter dem Titel „Posener Volkszeitung“ eine besondere Ausgabe wöchentlich dreimal erscheinen, daneben für die Abnehmer in Schlesien die „Schlesische Volksmacht“ eine dreimalige wöchentliche Ausgabe erhalten, desgleichen soll die „Wahrheit“ dreimal wöchentlich herausgegeben werden.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Vergolter Verleumdung! Bei der Firma Paer u. Co., Gollnowstr. 43, sind Differenzen ausgedrochen und ist der Zugang bis auf weiteres ferngehalten.

Die Ortsverwaltung. J. A.: C. Dehler.

Zum Generalstreik der Flaschenmacher wird uns geschrieben: In Stralau-Mummelsburg mischt sich auch jetzt die Polizei in den Streik ein. Da die Streikenden durch ihr selbstbewusstes ruhiges Handeln sonst keinen Anlaß bieten, daß die Behörde gegen sie vorgeht, so sucht die Polizei das Sammeln auf Listen in jeder Weise illusorisch zu machen. Bei Geschäftsleuten wird nachgefragt, ob jemand und wo dort sammelt und ob sie etwas geben für diese „Kaulenzer“. — Wenn dann einer seine Sympathie hat merken lassen, so ist ihm gleich bedeutet worden, daß er „oben“ dadurch nicht gut angefahren sei.

Bei einigen Geschäftsleuten, welche Listen ausgehängt hatten, sind diese einfach von den Beamten beschlagnahmt worden. Mit welchem Recht? möchten wir fragen. Wir wissen zwar, daß es Leute giebt, die alles andre als Sympathie für uns haben und nun vielleicht die Demagogen spielen, aber wenn womöglich geglaubt wird, dadurch irgendwie unsere Sache zu hinterziehen, so können wir nur lächeln über diese Raubritter.

Wir sind uns keiner Verletzung des Gesetzes bewußt. Die Unternehmer dagegen mißachten das Gesetz, indem sie uns das Koalitionsrecht nehmen wollten, ohne daß sie deshalb von dem Eifer behördlicher Organe etwas zu fürchten hätten.

Das Streit-Komitee.

### Deutsches Reich.

Zum Ausstand in Nordhausen. Die Nordhäuser Fabrikanten haben in Kassel ein eignes Bureau zur Anwerbung von Streikbrechern errichtet, aber einen nennenswerten Erfolg haben sie damit nicht erreicht. Ein Agent der Firma Verhe durchwundert die Dörfer in der Nähe Nordhausens und sucht die daselbst wohnenden ausländischen Arbeiterinnen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, aber niemand folgt seinen Lockungen. Die Ausständigen lassen sich nicht wandeln machen. Die Straßentumulte in Nordhausen, die die unternehmerfreundliche Presse den Ausständigen zuschreiben wollte, haben sich nicht wiederholt.

Der Centralverband der Zimmerer hat in der Zeit vom 4. bis 11. August, einem Beschlusse der letzten Generalversammlung zufolge, die Abstimmung über die Frage, ob der Verband die Arbeitslosen-Unterstützung einführen solle, vorgenommen. Aus der neuesten Nummer des „Zimmerer“ ersieht man, daß ein großer Teil der Mitglieder für diese Angelegenheit gar kein Interesse zeigte. Etwa 100 Pächterstellen mit ca. 3000 Mitgliedern beteiligten sich gar nicht an der Abstimmung. Von 378 Pächterstellen, die an der Abstimmung teilnahmen und zusammen 23 092 Mitglieder haben, wurden 11 867 Stimmen abgegeben. Mit „Ja“ stimmten 3577, mit „Nein“ 8133, unglücklich waren 107 Stimmzettel, somit ist die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung abgelehnt.

Der niederrheinische Weberverband, der an die Geschäfts-Kommission der Vertrauensmänner-Centralisationen angeschlossen ist, hielt kürzlich seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf derselben waren 24 Filialen durch 77 Delegierte vertreten. Dem Klassenbericht zufolge ist der Verband sehr zurückgegangen, denn es sind nur von etwas über 4000 Mitgliedern Beiträge eingekommen, wogegen die Mitgliederzahl vom Hauptvorstand auf 6300 angegeben wird, gegenüber 10 000 im Vorjahre. Trotz der Beitragsrückgang ist die

Einnahme aus Mitgliederbeiträgen von 25 000 auf 23 000 Mark gesunken. Der Mitglieder-Beitrag wird einestheils auf die wirtschaftliche Krise, dann aber auch, wie einige Delegierte versicherten, darauf zurückzuführen sein, daß der Weberverband bei den Gewerbe- und Arbeiter-Wahlen ein Bündnis mit den Christlichen gegen den deutschen Textilarbeiter-Verband einging. Den Sieg trug der letztgenannte Verband davon. Das Rechnungsjahr schließt mit einem Defizit von circa 4000 M. Ein Antrag des Vorstandes auf Beitrags-erhöhung wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß dann noch mehr Mitglieder abspringen würden. Beschlossen wurde, örtliche Streikfonds zu gründen.

Die Gewerbe- und Arbeiter-Wahlen in Spremberg, die am 28. d. M. stattfanden, ergaben 361—368 Stimmen für die vom Gewerkschaftskartell aufgestellte Liste der Arbeitnehmer. Die Kandidaten der Christl.-Dückerischen Gewerbevereine erhielten nur 30 Stimmen. Von 455 eingetragenen Wählern der Arbeitnehmer hatten 42 nicht gestimmt, von 46 eingetragenen Arbeitgebern wählten 21. Ein Gegenkandidat war hier nicht aufgestellt.

Der Redacteur des „Seemann“ ist vom Gericht zu einer Geldstrafe von 60 Mark wegen Verleumdung eines Kapitäns verurteilt worden, dem in dem genannten Gewerkschaftsorgan nachgesagt wurde, daß er Leben und Gesundheit der Mannschaft dadurch in Gefahr gebracht habe, daß das Schiff bei der Audreise nicht seetüchtig gewesen sei. Das letztere thatsächlich der Fall war, wurde zwar festgestellt, das Gericht meinte aber, daran sei nicht der Kapitän, sondern der Steuermann schuld.

## Sociales.

Die Gewerbe- und Arbeiter-Wahlen in Berlin (Arbeitnehmer) beschlossen in einer Konferenz, den Verbandstag deutscher Gewerbe-gerichte, welcher am 10. und 11. September in Lübeck tagt, zu beschicken. Delegiert wurden die Weigter Körtzen, Jorner, Brassini, Buchdrucker, und Ahrens, Tischler.

Der Verband der Fleischergehilfen hatte in einer Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe über Mißstände in den Verhältnissen der Gezellen des Fleischerhandwerks Klage geführt und gebeten, die Kommission für Arbeiterstatistik mit Klarstellung der Arbeitsverhältnisse der Gehilfen und Lehrlinge zu betrauen. Zur Begründung waren die Ergebnisse einer vom Verbandsangehörigen Erhebung in den Fleischerbetrieben Berlins und der Vororte beigegeben. Wie berichtet wird, hat eine Nachprüfung des eingelangten Materials sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit als auch hinsichtlich der Einrichtung und Beschaffenheit der vielfach in niedrigen, dem Tageslicht unzugänglichen und schlecht gelüfteten Kellern gelegenen Arbeitsräume das Vorhandensein erheblicher Mißstände ergeben. Der Handelsminister hat nunmehr verfügt, daß von dem Erlaß allgemeiner Vorschriften gemäß § 120b der Gewerbe-Ordnung abgesehen werden soll, so lange nicht durch weitere Erhebungen die Notwendigkeit einer solchen Maßregel überzeugend nachgewiesen sei; dem die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen würden hier voraussichtlich eine ausreichende Handhabe bieten, Abhilfe zu schaffen. Da ein sehr erheblicher Teil der Fleischerbetriebe — nämlich alle Schlächtereien — gemäß § 16 der Gewerbe-Ordnung der Genehmigungspflicht unterliegen, so sollen demgemäß die Pläne für die Arbeitsräume vor der Errichtung auch hinsichtlich ihrer Beschaffenheit in hygienischer Beziehung einer sachverständigen Prüfung unterworfen werden. Die Regierung ist erinndt worden, die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsräume des Fleischerhandwerks in ihrem Bezirke durch Sachverständige prüfen und, soweit sich dabei Mißstände herausstellen, deren Beseitigung veranlassen und überwachen zu lassen.

Die Erledigung der Eingabe ist nach jeder Richtung ungenügend. Der § 16 der Gewerbe-Ordnung gestattet nur bei der Konzessions-erteilung Anordnungen zu treffen, welche zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahr für Gesundheit und Leben notwendig sind. Ist der Betrieb erst genehmigt, dann scheint uns der nachträgliche Eingriff nach dieser Richtung unzulässig. Es lägen also nur Betriebe in Frage, die eine Genehmigung nachsuchen, das heißt Reineinrichtungen. Wir gehen aber wohl nicht fehl, wenn wir behaupten, daß bisher auf Grund der Paragraphen 16 und 18 der Gewerbe-Ordnung allgemeine Vorschriften für das Fleischerhandwerk überhaupt nicht erlassen sind, so daß der Weg, den der Minister einschlagen will, nie eine Beseitigung der Mißstände herbeiführen wird. Verächtlichigt man dabei, daß der Minister zugiebt, es sind erhebliche Mißstände vorhanden, dann muß diese Art der Erledigung einer für diesen Beruf wichtigen hygienischen Frage um so mehr auffallen.

Eine vollständige Aufnahme der Innungs-Schiedsgerichte in Deutschland hat zum erstenmal durch den Verband deutscher Gewerbe- und Arbeitervereine stattgefunden. Die Ergebnisse werden in der Monatschrift „Das Gewerbe- und Arbeiterrecht“ veröffentlicht. Danach gab es Ende vorigen Jahres 394 Innungs-Schiedsgerichte, wozu noch 39 kommen, die am 31. Dezember schon genehmigt, aber noch nicht eröffnet waren. Unter den größeren Staaten Deutschlands giebt es drei, in denen sich keine Innungs-Schiedsgerichte befinden: Württemberg, Baden und Elbh-Vorprovinz. Kleinere Staaten ohne Schiedsgerichte sind: Mecklenburg, Strelitz, Oldenburg, Sachsen-Meinungen, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Schaumburg-Lippe, sowie die drei Hansestädte. Im allgemeinen sind die Innungs-Schiedsgerichte in Süddeutschland dünner gesät als im Norden und im Osten häufiger als im Westen. Auf Preußen entfallen 302, davon auf Schlesien und Pommern allein je 85 und 84.

Dem Bericht der englischen Fabrikinspektion von 1900 ist zu entnehmen, daß die Zahl der eingetragenen Fabriksbetriebe im Berichtsjahre von 91 371 auf 95 684, und die der Werkstätten von 194 185 auf 187 048 gestiegen ist.

Die Zahl der schweren Unfälle, über die die englischen Fabrikinspektoren mit berichten, betrug im Berichtsjahre 27 704, gegen das Vorjahr eine Zunahme um 4633 oder 21,7 Proz. Diese schweren Unfälle werden von dem behandelnden Arzt bezeugt; die leichten Unfälle werden nur dem Aufsichtsbureau angezeigt. Die letzteren erreichten die Höhe von 51 316, gegen 1899 ein Mehr von 3327 oder 6,9 Proz. Von den schweren Unfällen hatten 1045 den Tod zur Folge, eine Steigerung um 174 Fälle oder 20 Proz. — Ueberzeitsarbeit wurde von 13 008 Betrieben berichtet und betraf 159 237 Personen, gegen das Vorjahr eine Zunahme um 9,7 Proz. Die Einschiffung der Truppen nach Süd-Afrika machte auch in den Regierungswerkstätten Ueberzeitsarbeit sogar der Frauen und jugendlichen Personen nötig.

## Aus der Frauenbewegung.

An die Frauen und Mädchen! Plötzlich ist es Herbst geworden. Regenwolken hängen tief am Himmel und verkürzen den Tag, der ohnehin schon viel von seiner sommerlichen Länge eingebüßt hat. Bestreut sie der Wind, so bringt er eine empfindliche Kühle, welche das Sitzen im Freien unangenehm macht. Man nimmt für dieses Jahr Abschied von den Ausflügen ins Freie, bei welchen die Abendruhe in der stillen lauen Luft einen so angenehmen Abschluß bildete.

Es wird deshalb unsere Frauen wohl freuen zu hören, daß der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse seine erste Versammlung nach der Sommerpause am Montag, den 2. September, abhält. Sie werden dann, wie vordem, regelmäßig alle 14 Tage stattfinden. Die Ausflüge, welche der Verein in der heißen Sommerzeit veranstaltete, fanden viel Beifall und lebhafteste Beteiligung seitens der Mitglieder, so hofft und erwartet der Verein auch wieder zahlreichen Besuch für seine Vortragabend. An alle Mitglieder ergeht die dringende Bitte, durch zahlreiches Erscheinen ihr Interesse für ihren Verein zu beweisen. An die wertvollen Vorträge, die in Aussicht stehen, wird sich manche nützliche Vereinsarbeit anschließen, geeignet, das Interesse der Mitglieder in besonderem Maße zu fesseln und ihnen reiche Anregung nach allen Seiten zu bieten. So bildet der Verein einen Mittelpunkt für die, welche gern über die

nächsten Tagesereignisse hinausdenken, welche ihren Gesichtskreis erweitern und ihre Anschauungen klären wollen. Wir hoffen deshalb auch, daß alle Berliner Arbeiterinnen mit hellem Kopf und klarem Verstand sich allmählich entschließen, dem für sie gegründeten Verein beizutreten.

Mitglied werden kann jede Frau und jedes Mädchen, welche sich beim Vorstand meldet und ihr Mitgliedsbuch gegen Erlegung des ersten Beitrags in Empfang nimmt. Davor bietet ihr der Verein außer einer Reihe sehr interessanter Vorträge auch die Benutzung einer Bibliothek, welche zwar klein aber gut ist und von den Mitgliedern mit Vergnügen in Anspruch genommen wird. Man findet hier, auch wohl Stühle in manchen schwierigen Lagen; es liegt etwas Hülfreiches in dem Anhalt, den ein Verein von Gleichdenkenden und Gleichstrebenden schon durch sein Dasein gewährt. Ein gemütliches Zusammensein hier und da giebt Gelegenheit zu näherem Anschluß an einzelne Mitglieder, zu angenehmem Gedankenaustausch.

Proletarierinnen Berlins tretet, Eurem Verein bei!

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen in Frankreich ist größer, als die in Deutschland. Während der dieser Tage veröffentlichte Bericht der deutschen Generalkommission über die Stärke der deutschen Gewerkschaften die Zahl der organisierten Frauen im Jahre 1900 auf 22 844 angiebt, waren nach den offiziellen französischen Berichten im letzten Jahre in Frankreich 43 470 Frauen organisiert. Davon entfallen 3725 auf landwirtschaftliche Syndikate.

## Versammlungen.

Der Wahlverein für den zweiten Wahlkreis hielt am Mittwoch eine sehr gut besuchte Versammlung bei Rautenberg in der Hofenstraße ab, mit der Tagesordnung: Unsere praktische Agitation. Es handelte sich, wie der Vorsitzende Knutschke einleitend bemerkte, wesentlich um einen Meinungsaustausch über die Erfahrungen und Ergebnisse bei der Verteilung und Unterzeichnung der Petitionslisten gegen den Brotwucher. Hierüber entspann sich eine sehr rege, mehrstündige Besprechung, an der sich nach einander Rummert, Ewald, Lindemann, Scholz, Dahme, Brunzel, Emmerich, Vankow u. a. abwechselnd beteiligten. Fast übereinstimmend wurde bemerkt, daß es außer einzelnen Arbeitern überwiegend kleine Geschäftsleute und Unterbeamte waren, bei denen es die größte Mühe verursachte, Verständnis für die Bedeutung und Unterzeichnung der Listen zu finden. Die Ursache dieser sehr bedauerlichen Erscheinung könne nur darin erblickt werden, daß gerade diese Bevölkerungsschichten entweder gar keine oder nur solche Zeitungen wie: „Lokal-Anzeiger“, „Morgenpost“ etc. lesen, aus denen auch kein Verständnis für die Tagesfragen zu erlangen ist. Dazu kommen irtümliche Auffassungen, daß angeblich Diensthofen sowie Beamte nicht unterzeichnen dürften usw. Aus alledem hat sich wieder ergeben, wie notwendig die politische Aufklärung und größere Verbreitung der Parteipresse in allen Volksschichten ist. Insbesondere ist eine Auffklärung der Frauen, die sich vielfach der Unterzeichnung widersetzen, sehr zu wünschen. Von alten andern Rednern wurde der Wunsch ausgesprochen, daß nicht nur die Bezirksleiter und Abteilungsleiter, sondern auch die Genossen selbst, namentlich die Wahlvereinsmitglieder, innerhalb der nächsten Tage noch eine sehr rege Agitation entfalten, um eine möglichst beträchtliche Zahl von Unterschriften zu sammeln. Einem Antrag Scholz gemäß beschloß die Versammlung, daß die bis jetzt noch ausstehenden Petitionslisten bis zum 16. September an die Bezirksleiter und Abteilungsleiter wieder zurückgegeben werden, aber in Lokalen, Zeitstellen der Wahlvereine etc. noch bis zum 23. September zur Unterzeichnung ausliegen sollen. Scholz ermahnt am Schluß der Versammlung die Genossen, bei Sonntags-Ausflügen, Vorredungen usw. das jetzt den Genossen von Tempelhof zur Verfügung stehende Lokal von Hollweg, Berlinerstraße 80, zu berücksichtigen. Ferner werden die Genossen ermahnt, die von den Gesangsvereinen Berliner Sängerkorps und Friedrichsberger Liedertafel ausgegebenen Willets zu der am 7. September in der Philharmonie stattfindenden Jubiläumsvorstellung zurückzuweisen, da das Lokal gesperrt ist.

Eine gut besuchte Kassenmacher-Versammlung tagte am 26. d. M. in Stechers Festalen. Genosse Rosenow sprach über „Die wirtschaftlichen Krisen und die Aufgaben der Gewerkschaften“. Der Referent erntete reichen Beifall. Die Versammlung nahm Kenntnis davon, daß der Streik bei Einsporn zu Gunsten der Arbeiter beendet ist. Die eintreffenden Sammelisten der streikenden Flaschenmacher sollen rege gezeichnet und alle Sonnabende im Arbeitsnachweis abgeliefert werden.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Adlershof hielt am 18. August seine Mitgliederversammlung in Köpenick bei Stippeslohl ab. Da Schmauser in Adlershof sein Lokal nicht mehr zu Versammlungen geben will, so fand auch auf der Tagesordnung als erster Punkt der Antrag der Lokalkommission: Die Plakate: „Achtung! Für die Arbeiterschaft frei!“ einzuziehen. Der zweite Antrag ging dahin, nur die Saalbesitzer Ackermann, Knochen und Schäfer zu sperren, dagegen Wölfein (Inhaber Dubrow) und Schmauser freizugeben. Diese Anträge wurden vom Genossen Schubert begründet und nach längerer Diskussion wurde der erste Antrag angenommen. Beim zweiten Antrag wurde vom Genossen Stimmwedel ein Gegenantrag gestellt, nur das Lokal „Wölfein“ freizugeben und auch Schmauser unter die gesperrten Lokale zu verzeichnen; dieser Antrag wurde angenommen. — Zu Punkt 3 gab Genosse Hildebrandt den Bericht von der Generalversammlung und der Kreisconferenz. Zum Schluß wurde noch auf die zwei Versammlungen, am 15. September in Neue Mühle und Handelsablage, sowie die Agitationstour am 22. September zum Zwecke des Unterschriften sammelns auf den Petitionslisten, hingewiesen.

## Teile Nachrichten und Depeschen.

Wien a. N., 29. August. (B. Z. V.) Der „Köln. Zig.“ wird aus London von heute telegraphiert: Hier eingetroffene Privatnachrichten stellen die Verdächtigungen des Selagerungs-kustandes in Kapstadt und in den Hafenshäften als unmitteibar bevorstehend hin. Die Handelskammer von Kapstadt hat sich zwar sehr entschieden gegen die Maßregel ausgesprochen, doch glaubt man, daß sie nicht zu vermeiden sein wird. That-sächlich lauten die Nachrichten aus der Kolonie recht ungünstig. Was auch in der dortigen Presse zugegeben wird. Der Bezirk Kapstadt steht in offenem Aufruhr und wird von zahlreichen Boerentruppen durchstreift. Die telegraphische Verbindung ist unterbrochen. Sondere von Kolonial-Abteilungen schicken sich den Boeren an. Man erwartet, daß neben Merriman, der auf seiner Heim polizeilich überwacht wird, auch alle andren Führer der Afrikaner verhaftet werden sollen.

Wien, 29. August. (B. Z. V.) Der Kaiserliche Freiberger der hiesigen großen Lederfirma Fleisch hat sich nach Unterschlagung von 130 000 Kronen selbst der Polizei gestellt.

Budapest, 28. August. (B. Z. V.) In dem Dorfe Cielut (Komitat Veszprim) brannten 35 Häuser nebst den Nebengebäuden ab. Bei dem Brande sind viele Hausiere zu Grunde gegangen und große Futtermittel verunstaltet worden.

Prag, 29. August. (B. Z. V.) Die Neuwahlen für den böhmischen Landtag sind schon ausgeschrieben worden und finden am 8., 11., 14. und 15. Oktober statt.

Triest, 29. August. (B. Z. V.) Ein hier niedergegangener Sturmbarer Wolkenbruch richtete kolossalen Schaden an; die niedriger gelegenen Stadtteile sind überschwemmt. Der Witz schlug zweimal in das Gebäude der Vereinigen Eisfabriken und setzte dasselbe in Brand, welcher noch fortbauert.

Haag, 29. August. (B. Z. V.) Das hiesige diplomatische Corps hat den Generalsekretär im Ministerium des Aeußeren, Grafen von Ruyssenaers, zum Generalsekretär des Internationalen Schiedsgerichtshofes ernannt.

Die Hamburger Accordmänner und der Parteitag.

Genosse Parvus schreibt: In weiten Kreisen macht sich eine Mißstimmung gegen den Schiedspruch in Sachen der Hamburger Accordmänner geltend...

Zu konstatieren vor allem, daß alle in der Partei einig sind in der grundsätzlichen Beurteilung der Handlungsweise der Hamburger Accordmänner. Es giebt darüber unter uns keine zwei Meinungen.

Ich konstatiere vor allem, daß alle in der Partei einig sind in der grundsätzlichen Beurteilung der Handlungsweise der Hamburger Accordmänner. Es giebt darüber unter uns keine zwei Meinungen.

Der ursprüngliche Grund des Hamburger Streits ist die Accordarbeit. Können wir die Accordarbeit prinzipiell verurteilen? Dann wäre alles klar!

Bei den Maurern freilich ist es so, daß die Accordarbeit befertigt werden kann und muß. Der Kampf gegen die Accordarbeit steht hier im Vordergrund des gewerkschaftlichen Kampfes.

Ich habe mich über diese Punkte verbreitet, weil sie die Grundlage des Ganzen bilden. Beschließen wir: „Accordarbeit darf es nicht geben, Sonderorganisationen darf es nicht geben.“

wenn die Glasarbeiter damals beschlossen hätten, über alle Buchdruckereien, welche Gegner der Tarifgemeinschaft anschlössen, die Sperre zu verhängen? Würden die Verbändler den Beschluß nicht befolgen, so würden sie in aller Form Streikbrecher! Man sieht, so einfach, wie es scheint, ist die Sachlage nicht.

Man wolle den widerwärtigen Accordmännern gegenüber den Einfluß der Partei zur Geltung bringen und versiel auf den § 2 unserer Organisationsstatuten, der, abgesehen von einer Verlegung der Parteigrundsätze, den Nachweis einer „ehelosen Gesinnung“ erfordert.

Ich glaube, es war unnötig, die Angelegenheit so zuzuspitzen. Warum sollten denn die Hamburger nicht einfach und sachlich sich an den Parteitag wenden? Der Parteitag müsse eine Direktive geben, wie sich die Parteigenossen in dem Zwist unter den Hamburger Maurern zu verhalten haben?

Sechster internationaler Kongreß der Glasarbeiter.

Hannover, 28. August. Viertes Verhandlungstages. (Vormittags-Sitzung.)

Die zunächst zur Tagesordnung stehende „Lehrlingsfrage“ wird auf Antrag Horn von der Tagesordnung abgesetzt mit der Begründung, daß die Lehrlingsfrage national zu regeln sei.

Der Antrag von W. A. England führt aus, daß die Union der Glasarbeiter in England schon viel Schwierigkeiten wegen der einwandernden Fremden zu bestehen gehabt habe. Dieser würden Einwanderung müsse entgegengeordnet werden, da sonst die Aufrechterhaltung der guten Arbeitsbedingungen nicht möglich sei.

zu schaffen. Dieser Antrag gelangt zur Annahme. — W. A. England: Die Argumente Pantraces trafen nicht zu. Die Resolution würde allerdings die Einwanderung nicht abhalten, dazu gehörten solidarisch stehende, treue Männer.

Der ganze Nachmittag wird noch ausgefüllt mit der Angelegenheit der Lokalorganisation in London. Die von der internationalen Kommission ausgearbeitete Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen.

Es ist in jedem Lande oder Distrikte die Organisation auszubauen, damit es den Arbeitern ermöglicht wird, in der Heimat eine auskömmliche Existenz zu finden. Beabsichtigt ein Mitglied der Organisation, in ein fremdes Land zu reisen, so hat es sich mit dem Vertrauensmann seines Landes vorher in Verbindung zu setzen und abzuwarten, bis die Antwort des internationalen Sekretärs über den Arbeitsnachweis vorliegt.

W. A. England beantragt dann noch folgende Resolution, die durch die Stimmen der Engländer und Oesterreicher gegen die der Deutschen angenommen wurde: Der Kongreß ist der Meinung, daß Pantraces nicht berechtigt war, eine Arbeitsstelle in London anzunehmen und andere Kollegen zu veranlassen, dasselbe zu thun, ohne die Einwilligung des internationalen Concils einzuholen.

Achtung! Gewerkschaften!

Gemäß dem Beschlusse der Berliner Gewerkschaftskommission vom 18. Juni wurde über die Nordhäuser Tabakfirmen der Verbot verhängt. Wir ermahnen die Berliner Arbeiter, sich streng nach diesem Beschlusse zu richten und nur den Kantabak der Firmen Grimm u. Ziepke, Gendeh u. Schumann, Walther u. Sevin, Athenstädt u. G. A. G. Steiner u. Hellmann zu kaufen.

Arbeiter! Es handelt sich um das Koalitionsrecht der Nordhäuser Tabakarbeiter, es handelt sich um deren Organisation, Wohl und die Tabakarbeiter bereit zu unterhandeln, auch bei den jetzt stattgefundenen Verhandlungen zeigen die Arbeiter das größte Entgegenkommen bezüglich der Einstellung der Ausständigen.

Tragen wir dem Beschlusse vom 18. Juni Rechnung, helfen wir den Nordhäuser Tabakarbeitern in ihrem schweren Kampfe um das Koalitionsrecht.

Desgleichen richten wir für die streikenden Glasarbeiter ebenfalls die Bitte an die Gewerkschaften, die Sammlungen für die Glasarbeiter recht energisch zu betreiben; es gilt, die Manipulationen eines Feindes zu nichte zu machen.

Für die Glasarbeiter gingen weitere Beträge ein: Verein socialdemokratischer Gaswirte 200,-, Verband der holländischen Arbeiter, Filiale III 25,-, Goldschmidt 6,65, Deutsche Munition- und Waffenfabrik 108,35, Pannofabrik von Giese u. Reineke 5,20, Felder u. Wachen durch Gampel 42,70, Verband der Holzbearbeitenden Maschinenarbeiter 100,-, Derjog 4,25, Hüttenrauch 3,50, Tischlerei von C. Müller u. Co. 9,60, Bildhauer von Dinsle 11,-, Reimer der Seeterrasse 4,70, Tischlerei von Rindel u. Friedrichsen 47,60, Beamte der Orts-Krankenkasse der Kaufleute 4,20, Buchdrucker U. Anger 7,60, Abteilung der Gewinndröhre von P. Hebe 8,80, Tischlerei von Elling u. Dreese 8,00, Gaswirts-Union 20,70, Tischlerei von Thomae, Adolphstraße 20,-, Verband der Räder 11,85, Verband aller in Buchdruckerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen 100,-, Verband der Steinier und Berufsgehilfen 50,-, Berliner Konsumverein durch O. Wäntter 300,-, Verband holländischer Arbeiter Filiale Ia 60,-, Spinnwadden 10,-, Stochfabrik von Defert 7,60, Graf 10,20, Bildhauer von Kammel, Franzfurterstraße 11,45, Tischlerei von Berner, Franzfurterstraße 10,-, Buchdrucker Köhler 4,55, Tischlerei Weder, Cronenstraße 11,10, Arbeiter von Kammann, Marienstraße 20,20, Deutsche Waffenfabrik 6,25, Hüder u. Conraden 4,50, Nieke 2,-, Tischlerei von Fehlebrügge, Fruchtstraße 30,-, R. G. Wäntterstraße 10,55, Hydrothermische Stralun 9,05, Verband der Buchbinder, Charlottenburg 20,-, R. G. 11,-, Schneidewerstatt H. Hoffmann 10,-, Tischlerei von Baumgartner u. Schöne 12,95, Arbeiter und Arbeiterinnen der Altkammfabrik von Detmann 4,40, Tischlerei von Urnau 4,70, Verl. des Lokal-Angebers, Nieke 10,-, Buchbinder 10,-, Grunfeldt J. Luern u. Rasnowski 16,44, Verband der färb. Wasserwerker in Friedrichshagen 15,-, Tischlerei von Jarosch 24,55, Schlosser der Firma Groß u. Schöge 7,-, Tischlerei u. Stern, Seilger u. Co. 14,10, Tischlerei Gohlsch, Heidenfeldstr. 3,25, Buchdruckerei von Dille, Boockstraße 13,20, Tischlerei von Schwarz 20,-, Bildhauer von Ehrenreich 3,50, Buchdruckerei von Wäntter u. Sohn 10,-, Jahreshilfe der Stocharbeiter auf Diste 4,50, Tischlerei von Hoffmann u. Altem 4,20, Arbeiter der Möbelfabrik von G. Ring mit Buchler, Warkhäuserstraße 45,-, Grunfeldt der Kolonie Transdonal II, Welferstraße 20,15, Buchdruckerei von Sprenger 2 Räte 6,60, Brauer 67,50, Tischlerei von Rehdanz u. Kramlow 5,-, Buchdruckerei E. Ullig 8,-, Präkerer Brühl u. Bieger 4,-, Vertisch bei Friedrich, Franzfurter Allee 2,80, Wilhelmshaus u. Donner 4,-, Beizer J. E. Hoff 3,-, Möbelfabrik Zepner u. Plath 19,40, Buchdruckerei von Garwoy Roßf. 7,40, Agitationskommission der Schiefer 54,30, Buchdruckerei von Pab u. Garleb 14,25, Eine ganz rote Kindertafel 2,-, Tischlerei Hartmann, Welferstraße 6,50, Durch Buch 11,25, Tischlerei v. Hellmann 3,90, Freie Vereinigung der Stereotypisten 50,-, Stereotypisten auf Viken a. Gouls 100,-, P. u. S. (2972) 21,10, Arbeiter der Kolonie „Alte Berlin“, Eldmeyerstraße 10,45, Einige Säle d. Bismarckfabrik v. Reumeyer 7,90, Zwei gemittelte Genossen 1,60, R. B. 0,50, Deutscher Metallarbeiter-Verband Berlin, III. Rate a 1000,-, Arbeiter der Bismarckfabrik von Lehmann, durch Vogt 15,10, Angelwirth 2,-, G. Wemer 7,40, Telleranstellung vom 7. 8. 9. Bezirk Rüdiger 4,70, Tischlerei Reyer 10,-, Räder und Lackierer von Gerdtsberg-Friedrichsberg 4,10, Reyerloß 6,75, Glaschleifer a. Konto aus Viken 50,-, Stahlfabrik von Helm u. Sohn, II. Rate 12,45, Möbelwerkerei von Helm, mit Buchler 10,85, Verband der Gaswirtsgehilfen, Gampelstraße 50,-, Damentafelaktion H. Diller 3,-, Vereinigung der Buchbinder-Charlottenburger 20,-, Verband der Buchbinder und Steinbrüder, Hauptstraße 1000,-

Für die Tabakarbeiter in Nordhausen gingen ein: Verband der Staccature, Berlin 50,-, Sauter durch Fassenbach 9,85, R. G. 11,-, Möbelfabrik von Felder u. Pätzgen 19,70, Brauer 3,00, Gesellschaft Rande, Steglitz 3,15, Deutsch-Sozialdemokratischer Arbeiterverein Vorwärts in Kopenhagen 20,-, Verband holländischer Wollwäcker in Friedrichshagen 15,-.

Die Gelder für die Glasarbeiter und Tabakarbeiter in Nordhessen sind an unser Bureau, Engel-Platz 15, an H. Körsten zu senden. Ebenso können daselbst Listen in Empfang genommen werden.

Der Ausschuss  
der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Socialdemokratische Totenfeier.** Zum Andenken an Ferdinand Lassalle und unsere großen Toten hält der sechste Reichstags-Wahlkreis Sonntagmorgen 12 Uhr in folgenden Lokalen vier Versammlungen ab: Schönhauser Vorstadt: Bernau, Schwedterstr. 23-24. Rosenhauser Vorstadt und Gesundbrunnen: Swinemünder Gewerkschaftshaus, Ludenmünderstr. 42. Wedding und Oranienburger Vorstadt: Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23. Moabit: Arndts Brauerei, Turmstr. 25-26. Referenten: Waldeck Manasse, Ströbel, Rosenow, Heine. Um zahlreichem Besuch bitten Die Vertrauensleute.

**Zur Lokalfrage.** Die Sängervereinigung des Westens und Südwestens vom Jülicherklub Harmonie hält zusammen mit den Liedertafeln Enterte, Euphonia, Liebesfreund, Liedertafel des Tischlervereins usw. am 8. September in der Philharmonie ein Vergnügen ab. Am 7. September veranstaltet der Berliner Sängerkorps ebenfalls in der Philharmonie ein Fest, ebenso der Gesangsverein Schildhorn am 1. September. Im Deutschen Hof, Ludenmünderstr., geben die Gesangsvereine Brunonia, Hoffnung, Modestia II und Victoria Crato am 8. September ein Konzert. Da versucht wird, zu allen diesen Veranstaltungen in Arbeiterkreisen Fortschritt abzugeben, so werden die Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß die genannten Lokale der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen.

Die Lokalkommission.

## Lokales.

### Der neueste Denkmalscheld.

Eine neue Marmorfigur soll heute in der Sieges-Allee enthüllt werden. Sie stellt den Kurfürsten Johann Sigismund dar, der von 1608 bis 1619 regierte. Vielleicht interessiert es unsere Leser, auch über diesen bedeutendsten Hohenzollern einiges zu erfahren. In damaliger Zeit teilte sich das Interesse aller Bevölkerungsschichten so ziemlich zwischen Kauen und Religion. Der Vater Johann Sigismund starb auf einer Reise in Skopienid am Schlag, nachdem er beim Anhören einer Nordgeschichte ausgerufen hatte: „Ach, lieber Gott, wie wird das Töschlagen und die Wollust so allgemein. Gott muß das Land strafen!“

Der neue Fürst war in religiösen Dingen für seine Zeit merkwürdig tolerant. In der Unterredung mit seinem Hof-Apotheker erklärte er den Unterschied zwischen der reformierten und der lutherischen Konfession dahin, daß man hier Brot zum Abendmahl gebe, dort aber „Kleister und Schaum“. Um die jülich-schlesischen Länder zu gewinnen, trat er 1613 vom lutherischen Glauben zum reformierten über, trotzdem er einst seinem Vater aus dessen Verlangen einen Hebers ausgestellt hatte, daß er der lutherischen Religion treu anhängig bleiben wolle. Im Weihnacht des genannten Jahres teilte er den Predigern der Stadt Berlin trocken mit, daß er beabsichtige, seiner „Ueberzeugung“ zu folgen und das Abendmahl nach dem Gebote der reformierten Kirche zu nehmen, dann überließ er dem reformierten Kanzler Frummann die weitere Unterhandlung. Die lutherischen Geistlichen protestierten gegen den Uebertritt, indem sie auf den Hebers hinwiesen, in welchem der Kurfürst sich seinem Vater gegenüber feierlich verpflichtet hatte, der lutherischen Religion treu zu bleiben. Das nützte jedoch nichts, denn der Kanzler antwortete spöttisch, wenn auch der Kurfürst fröhlich ein derartiges Versprechen gegeben habe, so sei er jetzt eben eines andern überzeugt. In Religionsdingen müsse jeder seiner Ueberzeugung folgen und ein Versprechen, welches das verhindern könne, sei an und für sich schon ungültig. Der Kurfürst sei ebenso wenig verpflichtet, lutherisch zu bleiben, weil er einen derartigen Hebers unterschrieben habe, wie seiner Zeit Kurfürst Joachim II. verpflichtet gewesen sei, sein dem Vater gegebenes Versprechen, katholisch zu bleiben, zu halten.

Nach dem Uebertritt des Kurfürsten überzeugten sich auch die vornehmsten Hofleute davon, daß die reformierte Religion die bessere und dem Herrn wohlgefälliger sei. Die Kurfürstin aber blieb streng lutherisch und äußerte sich höchst mißbilligend über den Glaubensabfall ihres Gatten; ebenso war das Volk und die Geistlichkeit über den Religionswechsel sehr erbost. Der Professor Hutter in Wittenberg nannte in einer Schrift die Gründe des Kurfürsten unverschämte Ergüssen, und redete ihn dabei an: „Leug, Teufel, Leug! Andre lutherische Geistliche warnten vor den grimmen calvinischen Bösen und Himmelsräubern und bewiesen, daß die calvinische Lehre viel ärger als die des Teufels sei. Die Stänkereien der lutherischen Seelenhirten und der Kurfürstin brachten das Volk von Berlin in der Karwoche des Jahres 1615 zum offenen Aufbruch, bei dem die Häuser der reformierten Hofgelehrten demoliert und geplündert wurden und auch der Bruder des Kurfürsten, Markgraf Johann Georg, bedeutende Verletzungen davontrug. Um seine Gattin nicht bloßzustellen, nahm der Kurfürst jedoch von einer Untersuchung und Bestrafung Abstand.

Ungleich leidenschaftlicher als der Religion war Johann Sigismund der dramatischen Kunst und dem Wein ergeben. Die Wähe damaliger Zeit folgte einer sehr unvorsichtigen Geschmacksrichtung. In einem der beliebtesten Stücke, dem „anmutigen Spiel von der blinden Liebe“ ruft der Liebhaber lässend aus:  
„Ha, ha, das schmeckt so recht soite  
Allo Klumpen und Schwimmsvotte!“

Der Wein brachte den Kurfürsten oft in schwere Angelegenheiten. In Düsseldorf erkrankte er einst in der Trunkenheit seinen künftigen Schwiegervater, was zur Folge hatte, daß dieser aus Haß gegen Kurbrandenburg katholisch wurde. Die Leidenschaft des Trüblers nahm später beim Kurfürsten so zu, daß sein Geist stark litt und er sich gezwungen sah, die Regierung seinem Sohne zu übergeben. Wenige Wochen nach der Abdankung, am 23. Dezember 1619 starb er. Rings um das Land lohnte bereits die Braudsadel des dreißigjährigen Krieges, der bald unfähiges Elend über Brandenburg bringen sollte.

**Zu der städtischen Gasanstalt an der Danzigerstraße** sind die in diesem Jahre von den städtischen Behörden beschlossenen Aus- und Erweiterungsbauten gegenwärtig in vollem Gange. Sie sollen so gefördert werden, daß die höchste Tagesleistung der Anstalt, die sich jetzt auf 265 000 Kubikmeter Gas beläuft, vom Herbst nächsten Jahres ab auf 350 000 Kubikmeter gesteigert werden kann. Nach Vermeidung des gesamten Ausbaues der Anstalt wird ihre höchste Tagesleistung 400 000 Kubikmeter sein können. Der Bau des neuen großen Gasbehälters von 94 000 Kubikmeter Inhalt ist vor kurzem in Angriff genommen worden. Das mächtige Gebäude wird auf dem nordwestlichen Teil des Gasanstaltsgrundstückes nahe dem Ringbahnhof „Prenzlauer Allee“ errichtet.

**Die Erhöhung der Gebühren der Tagatoren** bei der städtischen Feuer-Societät ist vom Magistrat beschlossen und hierüber der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugegangen. Es heißt darin: Der von den Gemeindebehörden 1892 festgesetzte Tarif für die Tagatoren bei der städtischen Feuer-Societät

hat sich als den Verhältnissen nicht mehr entsprechend erwiesen und zu Klagen und Beschwerden Veranlassung gegeben. Die Deputation für die städtische Feuer-Societät hat deshalb einen neuen Tarif, der am 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll, ausgearbeitet und den Gemeindebehörden unterbreitet. Während im alten Tarif außer den Gebühren für die städtische Hauptkasse, die auch im neuen un verändert geblieben sind, noch Gebühren für die beiden in Tagatoren zusammen festgesetzt sind, sollen diese Gebühren in Zukunft nur immer für einen normiert werden. Nach dem neuen Tarif erhält jeder Hausmeister bei der Abschätzung von Neubauten bei einem Tagewert von 100 000 bis 150 000 Mark eine Gebühr von 27 1/2 M.; bei 4-500 000 M. 50 M., bei 600 000 M. 55 1/2 M. und für jede angefangenen 100 000 M. weitere 6 1/2 M. Für einen fruchtlosen Termin giebt es 6 M., für Schätzungen umgebauter Gebäude 5 M., für jeden Rohbaubestand 20 M. Bei Brand-Entschädigungsfeststellungen von 10 000 M. bis 15 000 M. werden 50 M. gezahlt, bei 100 000 M. 100 M. und für jede 1000 M. mehr giebt es 1 M. Für die Wahrnehmung eines Termins an der Brandstelle werden 6 M. und für jede angefangene Stunde 3 M. mehr gezahlt. Für Stellung der im Termin notwendigen Hilfskräfte sind für jede Stunde 1 1/4 M., mindestens aber 3,75 M. und für notwendige Zeichnungen ein angemessener Betrag zu zahlen. Für Pauschalsummen, die bei Totalbränden festgesetzt werden, sind bei Anfertigung der Taxe 5 M. zu berechnen. Die Stadtverordneten werden ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären.

**Zu der letzten Sitzung** der städtischen Baudeputation I regte Bau rat Lindemann den Entwurf zur Vergrößerung der Darnischleimerei auf dem Central-Vieh Hof und den speciellen Entwurf zum Neubau eines Arbeitshauses mit Trockenanlage für die beim Waschen und Desinfizieren der Eisenbahnwagen beschäftigten Arbeiter auf dem städtischen Viehhof vor. Stadt-Bauinspektor Kemmann erläuterte dann den von ihm aufgestellten Entwurf eines Neubaus für ein Männerhospital in der Köpenickerstraße 47a (Kösterische Stiftung). Stadt-Bauinspektor Hesse legte den Kostenanschlag zum Entwurf des Ueberwachungshauses für Männer in Herzberge vor. Die Entwürfe wurden mit unwesentlichen Änderungen genehmigt. Ferner wurden nach einem Vortrage des Stadtrats Kamolow noch einige andre Gegenstände der reichhaltigen Tagesordnung erledigt.

**Die Abgeschmacktheiten der Berliner Sensationspresse** sind schon manchem anständig denkenden Menschen zum Verdruss geworden. So ziemlich das tollste, was auf diesem Gebiet geleistet werden kann, hat gestern die Scherl-Alleinstehende „Morgenpost“ vollbracht. Auf der ersten Seite des Hauptblattes befindet sich ein Holzschmitt, der diesmal nicht, wie sonst üblich, irgend einen Unglücksfall, sondern — Eugen Richters Gang zum Ständebaum darstellt. Die Redaktion rühmt sich in einer erklärenden Notiz damit, daß es ihr gelungen sei, inognito von dem denkwürdigen Ereignis eine Aufnahme zu machen, die sie nunmehr im Holzschmitt wiedergebe. Als passende Ergänzung hierzu sehen wir die Firma Alstein vielleicht morgen wieder gegen den byzantinischen Monarchenkultus wettern.

**Die so notwendige Verbreiterung der Velleankende-Brücke** will ein privates Komitee in die Hand nehmen. Die Verbreiterung ist danach ohne Veränderung der Brücke ausführbar, weil zwischen den beiderseitigen Widerlagern noch je acht Meter Raum vorhanden sind, welche sich leicht mit Puffhäuser-Brücken ausspannen lassen. Die bisherigen, 7,8 Meter breiten Bürgersteige könnten dann zur Fahrbahn geschlagen werden, sodas die Gesamtbreite der Brücke dann 49 (statt 33) Meter betragen und das ganze Bauwerk durch die beiderseitigen Hochbahn Pfeiler harmonisch abgeschlossen würde. Der Hauptvorteil dieser Verbreiterung wäre die Erschließung der beiden, kaum 15 Meter breiten Eingänge an den Thorgebäuden, in welchen sich die Kurden für die Moabitler und Treptower Straßenbahnlinien befinden.

**Die ersten Versuchsfahrten der elektrischen Schnellbahn** auf der Militär-Eisenbahn werden in der nächsten Woche stattfinden und zwar auf der Strecke Mariensfelde—Rahlow, die zunächst vollständig fertig gestellt ist, während auf der Strecke Rahlow—Jossen, bis wohin die Versuchsstrecke reicht, die Herstellung der Erdleitung noch nicht erfolgt ist. Vom Oktober ab werden dann Probefahrten auf der ganzen Strecke Mariensfelde—Jossen vorgenommen werden. Die Strecke Berlin—Mariensfelde hat sich infolge verschiedener Bodenbeschleunigungen für die Versuche als nicht geeignet erwiesen. Man hofft eine Geschwindigkeit von 250 Kilometer in der Stunde zu erreichen und die ganze 28 Kilometer lange Versuchsstrecke in ungefähr 7 Minuten zurückzulegen. Zu diesem Zweck wird eine so lösslose Hochspannung des elektrischen Stromes angewendet werden, wie es bisher noch niemals der Fall gewesen ist. Für die Probefahrten stehen zwei Maschinen zur Verfügung, von denen die eine von der Firma Siemens u. Halske, und die andre von der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft erbaut worden ist.

**Gegen das Reiben der Drähte bei der Großen Berliner Straßenbahn** richtet sich eine Bewegung, welche gegenwärtig in verschiedenen Stadtteilen angebracht wird. In allen Stellen, an denen die Stromdrähte infolge zu großer Enfernungen der Querdrähte bedeutenden Schwanckungen ausgesetzt sind, werden Verbesserungen vorgenommen, durch welche die Stromleitungen mit Isolierungsdrähten verbunden werden. Hierdurch werden einerseits die Schwanckungen und somit verstärkte Abnutzung der Leitungen verhindert, während andererseits die etwaigen Reiben der Drähte die Benutzenden nicht das Straßensplaster berühren können, sondern in schwebender Lage bleiben, wodurch die Gefahren für Straßenpassanten und Fuhrwerke wesentlich gemindert werden.

**Die Grobe und die öffentliche Sicherheit.** Zur Sicherung des Straßenbahnbetriebes hat die Aufsichtsbehörde bekanntlich die Bildung einer neueren Straßenbahn-Beamtengruppe der Bahnmeister angeordnet, von denen zunächst 25 ausgebildet werden mühten. Vermutlich, um die Spesen nicht allzu sehr zu erhöhen, werden die Bahnmeister, die dem Controlrat entnommen, teilweise zu Kontroll-diensten kommandiert, so daß zwar scheinbar der Anordnung der Aufsichtsbehörde Folge gegeben ist, während in Wirklichkeit nur eine geringe Anzahl von Bahnmeistern den Dienst verrichtet, was zur Erhöhung der Betriebssicherheit natürlich nicht beiträgt.

**Das Postamt 39** wird Sonnabendabend von der Reinickendorferstraße 2 nach der Schulzendorferstr. 26 verlegt.

**Durchgebrannter Bankier.** Mit Hinterlassung vieler Schulden ist der 28 Jahre alte Bankier Heinrich Deltgen mit seiner Geliebten, einer 24 jährigen unverheirateten Ida Gehm, durchgebrannt. Vor etwa einem halben Jahre machte der aus Laaken bei Düsseldorf stammende Mann mit einem Teilshaber in der Mittelstr. 24 ein eigenes Bank- und Kaugengeschäft von Weltgen u. Co. auf und mietete in der Perlebergerstr. 34 eine größere Wohnung. Um sie standesgemäß auszurüsten, erwarb er vor einem Möbelhändler für mehrere tausend Mark Sachen auf Abzahlung, da er kein Vermögen besaß. Seine Geliebte gab er dabei für seine Frau aus. Sein sicheres Auftreten als Inhaber des Bankgeschäfts verschaffte ihm Kredit. So lebte Weltgen auf sehr großem Fuße. Seinem Geschäftsteilhaber jedoch gefiel das nicht. Er sah voraus, was für ein Ende es nehmen müsse und setzte ihm daher anfangs dieses Monats den Stuhl vor die Thür. Nun stand der Bankier ohne Geld und Stellung da. Seinem Hauswirt schwandte er vor, daß er nach Elberfeld reife und ein Zweiggeschäft aufmache. Die Wirtin bezahlte er ihm bis zum Oktober, dafür nahm er jedoch die Möbel aus der Wohnung heraus und verkaufte sie an einen Versteigerer, obgleich er erst einen kleinen Teil darauf bezahlt hatte. Dann erzählte er einem Verwandten in der Langenstraße, daß er nach Hannover fahre, um Stellung zu suchen, schrieb noch einem Gläubiger, daß er die Angelegenheit bald begleichen werde, um ihn von einer weiteren Verfolgung abzuhalten, und verschwand vor vierzehn Tagen. Jetzt stellt sich heraus, daß er mit seiner Geliebten von Hamburg mit dem „Fürst Wismar“ nach Amerika gefahren ist.

**Ueber den Selbstmord des Bankiers Siegfried Landsberg** waren vorgestern Abend im Centrum der Stadt allerhand Gerüchte verbreitet. Landsberg betriebe in der ersten Etage des Hauses Dauenburgerstr. 18 ein kleines Bankgeschäft und erwarb vor einem Jahr die Verlagsanstalt J. Reichmann u. Cantor, die er mit seinem Konkursinstitut vereinigte. Der Bankier war zwar ein tüchtiger Besucher der Börse, ließ sich jedoch in keine bedeutenden Spekulationen ein und hielt sich ganz besonders allen Unternehmungen fern, die ihm nicht absolut sicher erschienen. Infolge der sensationellen Vorkommnisse auf dem Geldmarkte in der letzten Zeit und des damit verbundenen allgemeinen Niederganges der Kurse hatte er zwar auch einige Verluste erlitten, die jedoch ziemlich unbedeutend waren und auf seine Unternehmungen nicht den geringsten Einfluß ausübten. Landsberg war jedoch schon seit einiger Zeit nervös, ein Leiden, welches noch wesentlich verstärkt wurde durch eine chronische Magenkrankheit, unter welcher der Bankier außerordentlich litt. Lediglich diese Umstände haben, wie übrigens auch aus einem zurückgelassenen Schreiben Landsbergs an seine Frau hervorgeht, die Veranlassung zu dem Selbstmord gegeben. Der Bankier verließ gestern Mittag die Wohnung, angeblich, um sich nach der Börse zu begeben, und teilte seiner Frau mit, daß er am Nachmittag noch einen Ausflug nach dem Grunewald unternehmen wolle. Landsberg fuhr mit dem nächsten Stadtbahnzuge nach der Station Grunewald und begab sich nach dem Restaurant Hundeschiele, wo er etwa eine halbe Stunde verweilte. Bald nachdem er das Restaurant verlassen, sah sich der Unglückliche eine Kugel in den Kopf, die seinen augenblicklichen Tod herbeiführte. Die Leiche wurde bald darauf von Ausführlern aufgefunden.

**Eine Leichenausgrabung** hat auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft am Landgericht II am Dienstag auf dem Sophienkirchhof an der Freienwalderstraße stattgefunden. Hier wurde am 14. d. M. die Ehefrau Martha Busse, geb. Schneidewind, die Frau des Maurers Max Busse aus Woltersdorf, beerdigt, die am 11. d. M. im St. Hedwigs-Krankenhaus gestorben war. Auf dem Totenschein war als Ursache des Ablebens Bauchfell-Entzündung angegeben. Nur gingen Anzeigen ein, daß diese auf Mißhandlungen zurückzuführen sei, die Busse seiner Frau zugefügt habe. Die Staatsanwaltschaft leitete daher gegen den Ehemann wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang ein Strafverfahren ein und beschlagnahmte die bereits beerdigte Leiche, um durch ihre gerichtsarztliche Obduktion die Todesursache genauer feststellen zu lassen. Die Leiche wurde daher am Dienstagmorgen um 8 Uhr unter der Aufsicht von Beamten der Staatsanwaltschaft und der Polizei wieder ausgegraben und nach dem Sophienkirchhof gebracht. Nach der gerichtsarztlichen Obduktion wurden einzelne Teile zu einer eingehenderen Untersuchung auf Einwirkung etwaiger Mißhandlungen noch zurückbehalten, im übrigen aber die Leiche wieder eingepargt und noch am selben Tage um 6 Uhr nachmittags in die Gruft zurückgebracht.

**Zu der Schlaftrunkenheit** ist der 33 Jahre alte, unverheiratete Arbeiter Emil Ratz aus der Melanckthofstr. 33 ums Leben gekommen. Der Mann stand am Mittwochmorgen um 3 1/2 Uhr auf, um ein Bedürfnis zu verrichten, setzte sich schlaftrunken einen Kugelmantel auf die Bank des Fensters im ersten Stock des Quergebäudes, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den Hof hinab. Hausgenossen hörten das Aufschlagen des Körpers und sorgten dafür, daß der Verunglückte, der äußerlich gar nicht verletzt war, einem Krankenhaus zugeführt wurde. Dort ist er an inneren Verletzungen gestorben; er hatte sich eine Wadenzerreißung und Nierenentzündung zugezogen.

**Ein Sturz von einer Bahnhofsstreppe** hat dem 53 Jahre alten Arbeiter Hermann Schiller aus der Steinturstr. 55 das Leben gekostet. Schiller verließ vor acht Tagen nach Feierabend auf dem Bahnhof Zeusselstraße einen Ringbahnzug, um nach Hause zu gehen. Beim Hinabsteigen vom Bahnhofs trat er auf einer Stufe fehl, stürzte die Treppe hinunter und schlug im Flur mit dem Kopf auf den Steinbelag und eine emallierte Kaffeelanne, die er in der Hand trug, auf. Die Kaffeelanne schlug ihm mit ihrem Rand eine lange klaffende Wunde in die Stirn. Im Moabitler Krankenhaus starb er jetzt an den Folgen eines Schädelbruchs.

**Von einem Trauerwagen überfahren** wurde am Mittwochabend der Wötkcher Herrmann Juberst aus der Vorjüngstr. 2 in der Nähe der Warschauer Brücke. Der Wagen, der vom Kirchhofe zurückkam, war mit vier Leidtragenden außer dem Kutscher besetzt. Er fuhr sehr rasch und ging Juberst, nachdem die Pferde ihn umgestoßen hatten, über den ganzen Körper hinweg. Obwohl das Publikum ihm wiederholt zurief, hielt der Kutscher nicht an und konnte daher nicht festgestellt werden. Das Fuhrwerk trug den Namen Rosenbaum. Der Verunglückte, der einen Knochenbruch, Kopf- und Armbunden und innere Verletzungen erlitt, erhielt auf der nächsten Unfallstation einen Verband und wurde dann auf seinen Wunsch mit einer Droschke nach seiner Wohnung gebracht. Hier verschlimmerte sein Zustand sich so sehr, daß man ihn mit einem Kutschen Rettungswagen nach dem Lazarus-Krankenhaus überführen mußte.

**Die oft gerügte Unsitte, Bierflaschen zur Aufbewahrung giftiger Flüssigkeiten zu verwenden,** hat wieder ein Opfer gefordert. Der Wertmeister R. von den Norddeutschen Eiswerken in Rummelsburg wollte zu Hause Bier trinken und that infolge einer Flaschenverwechslung einen tiefen Zug aus einer mit Ammoniak gefüllten Bierflasche. Sofort erlitt er im Mund und Hals bedenkliche Brandwunden und mußte in schwerverletztem Zustande in ein Krankenhaus gebracht werden.

**Der Kinderarzt Dr. Michael Cohn** hält die unentgeltliche Sprechstunde für arme kranke Kinder wieder wie früher wochentäglich 3 1/2—5 1/2 Uhr Köpenickerstraße 53 ab.

**Kadivor.** Für den Großen Preis von Deutschland ist die Remungslücke nunmehr bekanntlich geschlossen. Das bedeutendste deutsche Flegelwien, das auch in diesem Jahre aus der Kadorenbahn Kurstebdam zum Entscheidung gelangt, hat nicht weniger als 48 Fahrer angezogen, die an den beiden Sonntagen vom 1. und 8. September in Weidenstedt treten. Von den bedeutendsten Fahrern sind u. a. nach Ländern geordnet folgende hervorzuheben:

Deutschland: Willy Krenn, Anton Huber, Karl Müller, G. Wagner, O. Meyer, Deering, Hertz, Peter, Käst, Dirheimer, Wändner, Fritz, Scheuermann. Frankreich: Jacquelin, Pédrot, Bonnet, Jubé, Buisson, Vagnard, Vandrecht. Italien: Alois, Gred, Ferrari, Farina. Dänemark: Seib, Heller, Kubela. Belgien: van den Born, Grogna. Schweiz: Gougeli, Düringer, Ryer. Holland: Schilling. Dänemark: Th. Weggaard.

**Feuerbericht.** Am Donnerstag waren Leberstr. 11, Schönhauser Allee 34, Köpenickerstr. 45 und Kungestr. 86 unbedeutende Zimmerbrände abzulösen. Admiralstr. 18 und Javalidenstr. 145 brannten Hüten und Stroch im Keller. Verflochtenbrände erfolgten Ritterstr. 100 und Alexandrinenstr. 116a. Am Südufer hatte der Kohlenbelag der Bahnbrücke Feuer gefangen, das indes sofort erstickt werden konnte. Unbedeutende Brände wurden anherdem Fruchstr. 80, Lausigerstr. 8, Holmannstr. 97 und Wilsnaderstr. 54 gemeldet.

### Aus den Nachbarorten.

**Stiftliche Weltordnung.** In Verfolg des Ministerialerlasses über die Wohnungsnote hat jetzt der Landrat des Kreises Niederbarnim, v. Tredow, an die in Frage kommenden Gemeinden ein Rundschreiben erlassen, in welchem er sie auffordert, möglichst bald Grund und Boden für kommunale Zwecke zu erwerben, bezw. den Grundbesitz der Gemeinde thätig zu vergrößern. Es wird darauf hingewiesen, daß es in den meisten Vororten noch an ausreichenden Schulhäusern, an eigenen Krankenhäusern usw. fehlt, deren Errichtung bei der stetigen Entwicklung der Vororte bald eine Notwendigkeit werden dürfte. Es empfiehlt sich daher, beigesten auf Landkäufe für Gemeindezwecke bedacht zu sein, da mit einer Steigerung der Grundstückspreise gerechnet werden müsse.

Es galt einst als höchste Weisheit, vom kommunalen Grund und Boden soviel zu verkaufen, als nur immer das Zeug halten wollte, und die in den Gemeindevertretungen maßgebenden Herrschaften waren dem auch wider dabei, der Grundstückspekulation das Nötige zuzuschlagen. Jetzt, nachdem sich Vestter und Spekulation



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, den 30. August.

**Überhand.** Geschlossen.

**Schauspielhaus.** Ein Sommer-nachstraum. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues Opern-Theater (Kroll).** Rameau Angot. Anfang 8 Uhr.

**Im Trianon-Theater:** Lebende Fieber. Anfang 8 Uhr.

**Im Garten:** Täglich großes Konzert.

**Schiller.** Geschlossen.

**Deutsches.** Die Macht der Finsternis. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner.** Geschlossen.

**Reisinger.** Geschlossen.

**Neues.** Geschlossen.

**Wespen.** Theater Charlott. (Seccession-Brett). Anfang 8 Uhr.

**Seccessionstheater.** Neues Theater: Ueberbrett. Anf. 8 Uhr.

**Central.** Die Weisheit. Anfang 8 Uhr.

**Thalia.** Geschlossen.

**Carl Weisk.** Die Zauberflöte. Anfang 8 Uhr.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Nidermann. Anfang 8 Uhr.

**Sekte-Alliance.** Der Bettler. Anfang 8 Uhr.

**Im Garten:** Großes Gartenkonzert und Lustiges Brett. Anfang 8 Uhr.

**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.

**Apello.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.

**Passage-Theater.** Damen-Ringskampfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Zauberstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Zu keinen Preisen: Aus dem Loge der Gebe. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

### Schiller-Theater

(Wagner-Theater).

Heute, Freitag bleibt das Theater geschlossen.

Sonnabendabend 8 Uhr: Eröffnung der Schauspiel-Saison. Zum erstenmal:

**Die Kronpräsidenten.** Historisches Schauspiel in 5 Akten von Demit Rosen.

Sonntagabend 8 Uhr:

**Die Kronpräsidenten.**

Montagabend 8 Uhr:

**Die Kronpräsidenten.**

### Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen und Requisiten bei ermäßigten Preisen zum 733. Mal:

**Die Geisha.** Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen und folgende Tage:

**Die Geisha.**

### Apollo-Theater

Robert Steidl

als

**Wolzogen II.** Ueberbrett-Parodie

**10 hervorragende Spezialitäten.**

Ferner:

**Frau Luna**

mit dem Luftballett „Grigolatis“.

Konzert 7 Uhr.

Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

### Urania

Tauben-Strasse 48/49.

Im Theater um 8 Uhr:

Aus dem Tagebuch der Erde.

Invalldenstr. 57/62.

Tägl. Sternwarte.

**Castans Panopticum.** Friedrichstr. 165.

Nur noch kurze Zeit!

Die Aufbahrung d. hochselig. Kaiserin Friedrich I. d. Kirche zu Cronberg. Der künstliche Mensch, d. Mirakel d. 20. Jahrhunderts.

### Zoologischer Garten

Heute nachmittags 5 Uhr:

**Grosses Doppel-Konzert**

unter Mitwirkung des königl. Kammermusikors C. Hühne, Pistonvirtuose.

Entree 1 Mark. Von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder die Hälfte.

### Metropol-Theater.

Schön war's doch!

Grosse Berliner Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern mit freier Benützung von „O, diese Berliner“ von Julius Freund. Musik von Victor Holländer.

In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

**Emil Thomas als Gast.**

**Joseph Josephy a. D.**

**H. Bender. v. G. Kaiser.**

**Else de Veré a. D.**

**Frid Frid. F. Georgette.**

Gastspiel:

**Saharet.**

Anfang 1/8 Uhr.

Rauchen überall gestattet.

### Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.

Nur noch zwei Opern-Aufführungen.

**Die Zauberflöte.** Oper in 2 Akten von W. A. Mozart.

Anfang 8 Uhr.

Morgen: Die Jüdin.

Im Garten: Theater, Konzert, und Spezialitäten-Vorstellung. Damen-Ringskampfe, weltlicher Pechles, Betty Paars. Anfang 6 1/2 Uhr.

Sonntag, 1. September. Gr. Novität! 3 u. 1. Male: Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner Rangen.** Gr. Gefangnisse in 7 Bildern von G. Albert. Musik von R. Leonardi. Vollständig neues Personal! Bestärktes Orchester. Rombitor Th. Böhm u. Torkowst. Priße Volkstam. Carl Weisk. Vorverkauf an der Kasse d. 11-1 Uhr.

### Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.

Täglich:

**Auf fremder Erde.** Ausstattungsspiel mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schütz. Auftreten der Excentric-Quintette Hedwig Döring, des Orchesters Komiker Paul Coradini, der Freres Douceok, Wigert-Krobaten, The Karleys, Musikalische Komödianten, Mr. Bartlings lebende Photographien.

Konzert und Ball.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

### Rixdorf.

Sonntag, den 1. September 1901, im Apollo-Theater, Hermannstraße 48/50:

# Gedenkfeier

für unsere verstorbenen Vorkämpfer

veranstaltet vom

## Socialdemokratischen Wahlverein.

Programm an der Kontrolle gratis.

Anfang 4 Uhr. - Billets sind nur bei den Vorstandsmitgliedern und den Bezirksführern zu haben. Bei ungünstiger Witterung findet die Feier in den Sälen statt.

Der Vorstand.

### Central-Verband der Zimmerer Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonnabend, den 31. August 1901, in der Aktienbrauerei Friedrichshain (fr. Lipp), Am Königsdamm:

# Großes Sommer-Fest

zur

## Feier des 18. Stiftungsfestes.

### Gr. Garten-Konzert

ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester. Dirig. Rud. Tietz. Auftreten der Gesellschaft Strzelowicz.

**Lebende Photographien. Preisgekönt. Fackelzug. Kinderbelustigungen aller Art, verbunden mit großartigen Uebereröffnungen.** Bei eintretender Dunkelheit bengalische Beleuchtung des Gartens.

**In beiden Sälen: Großer Sommerachts-Ball.** Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die Kasseküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung. Eintrittskosten 25 Pf. Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr. Programm am Eingang des Gartens.

Um recht regen Besuch wird gebeten. Freunde und Gönner sind ebenfalls ganz ergebenst eingeladen.

**Das Komitee.** Eintrittskarten sind im Bureau, Engelsufer 15, 3 Tr., Zimmer 32, in sämtlichen Bezirks-Zahlstellen, bei allen Bezirkskassierern, sowie bei den Komiteemitgliedern zu haben. 255/4

### Dampfer-Partie

Montag, den 2. September 1901

mit Musik

nach **Schmökowitz („Palme“-Peters)** (Uebereröffnung zum Besten des Baufonds der Freiheitglöden Gemeinde.)

Abfahrt 8 1/2 Uhr morgens Straßauer Brücke 5.

Rückfahrt ab Schmökowitz 8 Uhr abends:

## Mondscheinfahrt!

Preis für Hin- und Rückfahrt: Erwachsene 1 Mark, Kinder 50 Pf. Billets sind bei H. Hoffmann, Blumenstr. 14; F. Beege, Rüdersdorferstr. 48; W. Wabs, Filsterstr. 71; E. H. Wegner, Stallgerstr. 59; S. Hoffmann, Kommandantenstraße 62; Chr. Schulz, Blumenstraße 14; G. Böhne, Brunnenstr. 141, sowie im Gemeindefaal zu haben.

### W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 10.

Täglich Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

**Die Weichenfee.** Burleske mit Gesang in 2 Bildern von W. Gerde. Musik von Schmidt. Im Saale: **Tanzkränzchen.**

**Prater-Theater**

Kastanien-Allee 7/9.

Täglich:

**Auf fremder Erde.** Ausstattungsspiel mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schütz. Auftreten der Excentric-Quintette Hedwig Döring, des Orchesters Komiker Paul Coradini, der Freres Douceok, Wigert-Krobaten, The Karleys, Musikalische Komödianten, Mr. Bartlings lebende Photographien.

Konzert und Ball.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

### Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhauser-Allee 148.

Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Nur Kräfte ersten Ranges.

Großer Pocherfolg! Großer Pocherfolg!

**Wir brauchen keine Männer mehr.** Große Ausstattungsspiel in 2 Akten von Cleid.

Anfang: Sonntag 4 Uhr.

F. Lehmann, Direktor.

### Albumarbeiter.

Sonntag, den 1. September

## Morgensprache

bei Schiefer, (Vogelhof-Tonne) Reichendergersstraße 170.

Dieser sind hiermit alle Kollegen freundlichst eingeladen. [20/1

### Wieder-Eröffnung der Rad-Rennbahn Kurfürstendamm

Sonntag, den 1. September, nachmittags 4 Uhr:

## Grosser Preis von Deutschland.

Billet-Vorverkaufsstellen: Brennabor-Filiale, Leipzigerstr. 111. Louis Kraft, Friedrichstr. 157 und im Romanischen Haus an der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche. Adler-Fahrradwerke, Markgrafenstr. 43/44. Arto & Wendt, Krausenstr. 15. Schneider, Alexanderstr. 28 a. Georg Richter, Friedrichstr. 54. Charles Malieko, Blücherstr. 39. Curt Selke, Kurfürstendamm 217. Gewöhnliche Eintrittspreise.

### Schweizergarten

Am Königsdamm. Am Friedrichshain

Täglich:

## Theater. — Ball.

Neue Spezialitäten.

Jeden Abend 10 Uhr: Berliner Leben. Anfang 4 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.

### Reichshallen.

Heute, sowie täglich: Gamornik. Soiree der Stettiner Sänger.

Anfang 8 Uhr.

Sonntag 7 Uhr.

### Herren-Anzüge,

Paletots u. Raft, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert

J. Anzberg, Landsbergerstr. 13 pt. Teilszahlung gestattet.

### Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Kritische Zeitung: Paul Mühlitz. [16492\*

Täglich:

**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.** Jeden Sonntag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Die Kasseküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochgelegene Regebahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.

Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:

## Familien-Kränzchen.

### Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

12/18

Sonntag, den 1. Sept., nach Marienluf. Start 7 Uhr früh (Schlesische Brücke).

Donnerstag, d. 5. d. M., Androsstraße 26.

NB. Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest am 7. September d. J. Nege Abiegung notwendig.

### Charlottenburg.

H. Scherberg (1874-9)

Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel, Ochrlocher werden schmerzlos getoehen.

### Sanssouci

Im Garten: Täglich: Hoffmanns-Nordd. Sänger und Konzert. Donnerstag, Sonntag u. Montag: Tanzkränzchen.

### Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.

Hermann Imbs.

Täglich:

**Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**

### Altes Schützenhaus

Linienstrasse 5.

Sonnabend im November (frei geworden). [1885\*

Oldend. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pf. netto zu 6,50 Pf. netto zu 4 Pf. fr. Nachn. Gar. Zurückn. Nordloh, Bahnhof Augustafahn, Oldenburg. [19182\*

### Honig!

Oldend. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pf. netto zu 6,50 Pf. netto zu 4 Pf. fr. Nachn. Gar. Zurückn. Nordloh, Bahnhof Augustafahn, Oldenburg. [19182\*

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

**Restoration** zu verkaufen Hofbodenstr. 40. 1155

**Materialwaren, Vorlofgeschäfte,** Rolle, Holz, Koglenhandlung, 539 Mark Wiete, 2 Wohnzimmer, sichere Ertheilung, billigst veräußert. Gefragten Stud. Weidenbergerstraße 177. [1305\*

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*

**10-jährige elegante Herrenanzüge** und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Montag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

**Sportbillis,** Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontairuhren verkauft Velghaus Neanderstraße 6. 73/15\*

**Möbelleinrichtung,** Aufbaum, (vollständig veräußert), Gartenstraße 148, Vorderhaus 1 Treppe hinauf. 1135\*

**Teppiche** mit Gardinenschemen, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*

**Einfegungs-Anzüge** empfiehlt zu billigen Preisen Große Frankfurterstraße 16, August Wähles. 7982\*

### Vermischte Anzeigen.

**Nähmaschinenlager** Antlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, Landsbergerstraße 82!

**Kinderrwagen.** Sportwagen, Rietenandwahi, Boyer Baby, Juvaldenstraße 100, Franzfurterstraße 115, Oxonienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinindendorferstraße 24, e. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55 Teilzahlung gestattet. 7222\*

**Nähmaschinen** und Feuer-Veränderung vermittelt Gustaf Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

**Achtung.** Uhren, Goldwaren, Teilzahlung ohne Anzahlung. Offerten schriftlich. John, Edewitzerstraße 6. [161b\*

**Grünrangschäft** wegen anderer Unternehmung verkauft billig Schlemmerstraße 26, Mitgladen. 143

**Restoration** mit Bargarten verkauft wegen Verzugs nach außerhalb Petersburgerstraße 55. 160b

**Unfallkassen,** Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puyger, Steglitzerstraße 65. 2570b\*

**Schneiderin** fertigt Kleider 750. Frau Buchs, Pringensstraße 12, Hof III.

### Kleine Anzeigen.

**Patentanwalt** Danmann, Worligplatz 57, Auskunft bis abends 7672\*

**Rechtsbureau,** Rechtschilfe, Ratstellung, Andreasstraße 61, and-1096

**Anfertigung** eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. \*

**Kupstatab,** Köpmlerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 7382\*

**Achtung!** Wernaus Feilsche, Schwedterstraße 23/24. Sonnabende an Vereine zu vergeben. Säte zu hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. Coulanie Bedingungen. 7872\*

**Bereindzimmer** mit Piano zu vergeben, passend für Zahnkelle. Rudolf Juran, Rammensstraße 86. \*

**Chrenreklärung.** Ich erkläre Frau Viermann als eine ehrenhafte Frau. Frau Grünberg. 1144

**Helere** Frau kann gegen Aufs-wartung und Kost freiwohnen Grünerweg 34. Wächter. 746

**Bereindzimmer** und Zählstelle noch frei. Wolf, Wienerstraße 43. \*

**Küdenmöbel** frecht billig sowie jede Materialerbst Gensel, Rappanten-Allee 98. 1453

**Von 25 Mark** an liefern Angus und Paletot nach Maß. Wer Stoff hat, liefere ich für 15. W. Lewotowiy, Schneidmeister, Alexanderstraße 22C.

### Vermietungen.

**Wohnungen.** 2 Stuben und Küche zum Oktober billig zu vermieten Koschdofstr. 31, neues, sauberes Haus, nahe Stadtbahn. [107b

**Rixdorf,** Warthestraße 68, nahe Bahnhof Hermannstraße, Wohnungen, 2 Stuben und Küche, 1 Stube und Küche, Bäderet und Baden, 1. Oktober zu vermieten. 160b

**Zimmer.** Teilnehmer für möbliertes Zimmer Liegnitzerstraße 6, vorn II. Etage. 177

**Schlafstellen.** Schlafstelle Ruppinerstraße 17, Blagom. 145b\*

**Schlafstelle,** Herren, separat, Grünwedg 70, vorn, Dlich. [144b\*

**Schlafstelle,** zwei Herren, separat, bei einzelnen Betten. Simon, Lange-gasse 107, Hof, I Treppe. [164b\*

**Kuhändige Schlafstelle,** einzelnen Herrn, zu vermieten. Zimmermann, Dredenhoferstraße 6, vorn, parterre.

**Möblierte Schlafstelle** zu vermieten bei Schidlowst, Kaufgierstraße 46, Seitenflügel II. 177

**Möblierte Schlafstelle,** 1 bis 2 Herren Mariannenstraße 42, III. links. Frau Friedrich. 177

### Arbeitsmarkt.

**Stellenangebote.** Tüchtige Glas-, Porzellan- und Möbelpolier finden Stellung. Adressen unter B. 3 Expedition dieser Zeitung mit Angabe bisheriger Thätigkeit abzugeben. 163b

**Stellengesuche.** Suche Beschäftigen. Frau Wähle, Friedrichstraße 16, 1/2 Treppe. [167b

**Wunder** Stuhlflüchter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Wulsdorferstr. 27, II. G. G. G. G.

**Zu Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorzuheben. Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

### Tüchtige Elektromonteur und Hilfsmonteur

werden gesucht. [58/19

Arbeitsanweis des Central-Verbandes der Elektromonteur u. Ber-nfegenen Deutschlands, Sektion Berlin, Brunnenstraße 188. (Almann, Gartenhaus).

### Achtung, Korbmacher!

In der Korbwaren-Fabrik von Schmidt & Co., Dresdenerstraße 81, befinden sich sämtliche Korbmacher wegen Preisbilligeren auf Augelische im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.